Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1015

14. 10. 77

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 19. Oktober 1977
am Donnerstag, dem 20. Oktober 1977

Seite

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (0 22 21) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Dr. Ritz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Ergebnis des neuen internationalen Zuckerabkommens vor allem in seinen Auswirkungen auf die Situation der gesamten Zuckerwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

2. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß die „DDR", nachdem „DDR"-Organe den ARD-Korrespondenten Lehmann am letzten Wochenende bei seiner journalistischen Tätigkeit in Ost-Berlin durch mittelbare Androhung der Ausweisung behindert hatten und eine angeblich unbekannte Person ihn nach Abschluß seiner Dreharbeiten von hinten angefallen und ihm seine Kamera entrissen hatte, ihr Bedauern gegenüber der Bundesregierung lediglich in der Weise aussprach, daß sie sich gegenüber dem Vertreter der Bundesregierung auf eine Äußerung des Bedauerns bezog, die sie gegenüber dem Leiter des Ost-Berliner ARD-Büros, Pleitgen, gemacht hatte und deren Gegenstand nicht das rechtswidrige Handeln von „DDR"-Organen war, sondern nur das rechtswidrige Handeln des angeblich Unbekannten, und wird sich die Bundesregierung gegebenenfalls mit einer solchen Erklärung begnügen?

3. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Welche Motive hat die Bundesregierung gegebenenfalls hierfür, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen, um künftige Fälle der genannten Art zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

4. Abgeordneter **Jahn (Marburg)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Ausbildungsplatzchancen lern- und leistungsschwacher Jugendlicher zu verbessern?

5. Abgeordneter **Jahn (Marburg)** (SPD)

Was hat die Bundesregierung bisher getan, um lern- und leistungsschwachen Jugendlichen zu Ausbildungsplätzen zu verhelfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

6. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ein Gutachten zur Frage des Verfügungseigentums und Nutzungseigentums in Auftrag gegeben hat, wenn ja, ist das Gutachten zwischenzeitlich erstellt, und zu welchen Ergebnissen hat die Untersuchung geführt?
7. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)	Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik des Bundeskanzlers (vgl. Die Welt am 4. Oktober 1977) an einer zu komplizierten Gesetzgebung, durch die z. B. Investitionen im privaten Wohnungsbau ungebührlich verzögert würden?
8. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung die derzeitigen Einkommensgrenzen zur Wohnberechtigung im sozialen Wohnungsbau insbesondere für junge Ehepaare, die zunächst beide noch berufstätig sind, um den Hausstand leichter einrichten zu können, noch für ausreichend, und ist die Bundesregierung zu einer alsbaldigen Überprüfung der infragekommenden Einkommensgrenzen bzw. zu einer Lockerung der Belegungsbindung mit dem Ziel bereit, jungen Ehepaaren den Bezug von Sozialwohnungen zu erleichtern?
9. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)	Ist der Bau und Verkauf von Luxus-Eigentumsappartments in größerem Umfang durch gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften zulässig, und wenn ja, soll diese Rechtslage nach der bei der Bundesregierung stattfindenden Überprüfung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts bestehen bleiben?
10. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)	Welche Vergünstigungen, insbesondere steuerlicher Art, stehen den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften im Vergleich zu den freien Wohnungsbaugesellschaften im einzelnen zur Verfügung, und ist die Bundesregierung bereit, das Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht dahin gehend zu ändern, daß die sich aus diesen Vergünstigungen ergebenden Wettbewerbsverzerrungen auf die wirkliche gemeinnützige Geschäftstätigkeit beschränkt bleiben?
11. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den Bewilligungsstellen für Wohngeld jährlich Verwaltungsaufwendungen von mehr als 100 Millionen DM dadurch entstehen (und bei den Sozialämtern noch einmal in gleicher Höhe), daß Wohngeld für Sozialhilfeempfänger gezahlt wird, dieses Wohngeld aber in der Praxis nicht den Sozialhilfeempfängern zugute kommt, sondern an die Sozialämter überwiesen wird, und gedenkt die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen (Änderung des Sozialhilfegesetzes o. ä.), um diesen erheblichen Verwaltungsaufwand zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

12. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Wird die Bundesregierung die im Nachrichtenmagazin Der Spiegel Nr. 40/1977 dem amerikanischen Energieminister Schlesinger unterstellte Aussage, „daß Großbritannien und Westdeutschland bald ihre Brüter-Programme aufgeben werden“ aufgreifen und dazu Stellung nehmen?

13. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Sieht sich die Bundesregierung, nachdem konkrete Zahlen über die beschäftigungspolitischen Auswirkungen von Verzögerungen bei Baugenehmigungsverfahren für Kernkraftwerke genannt wurden, in der Lage, auch den Beschäftigungseffekt der inzwischen schon gestiegenen Nachfrage nach alternativen regenerierbaren Energieträgern, insbesondere solarer Energie, zu konkretisieren, und wenn ja, wie lauten die entsprechenden Zahlen?

14. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die weiteren Auswirkungen ihrer Förderungsmaßnahmen für den Ausbau alternativer Energieträger auf den Arbeitsmarkt ein?

15. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung an ihrer bisherigen Ansicht festhalten, daß die Voraussetzungen für die Errichtungsgenehmigung neuer Kernkraftwerke darin bestehen, daß für das deutsche Entsorgungszentrum (DEZ) eine Standortvorauswahl getroffen ist, das Genehmigungsverfahren eingeleitet ist und seitens der Reaktorsicherheitskommission und Strahlenschutzkommission ein positives Gutachten hinsichtlich der sicherheitstechnischen Realisierbarkeit vorliegt?

16. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen ergeben sich insbesondere auf die Exportchancen der deutschen Industrie, wenn im Inland keine neuen Kernkraftwerke gebaut werden?

17. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen hat eine Steigerung des Strompreises über das bisherige Niveau hinaus, und wie wird dadurch die Konkurrenzsituation der deutschen Wirtschaft beeinflußt?

18. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welches Konzept hat die Bundesregierung für die Entsorgung der deutschen Kernkraftwerke, und wie ist zur Zeit der Stand der Entwicklung bei der Realisierung dieses Konzepts?

19. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auflagen für die Betriebsgenehmigung der neu zu errichtenden Kernkraftwerke, und hat sie ihre Auffassung in Verhandlungen mit den Ländern durchsetzen können, daß für die Erteilung der Betriebsgenehmigungen die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das deutsche Entsorgungszentrum zur Voraussetzung gemacht wird?

20. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, welche Entsorgungskonzeption für Kernkraftwerke die USA und Kanada verfolgen, und wenn ja, welche Folgerungen ergeben sich hieraus für die Bundesrepublik Deutschland?

21. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, welche Entsorgungskonzeption die Regierungen in Frankreich, Großbritannien und Japan verfolgen, und wenn ja, gibt es hier eine Gemeinsamkeit mit der deutschen Entsorgungskonzeption?

22. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung, wenn die weitere Genehmigung von Kernkraftwerken abhängig gemacht wird unter anderem von der ersten Teilerrichtungsgenehmigung des Entsorgungszentrums?

23. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

In welchem Umfange wird die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland durch den Stopp von Errichtungsgenehmigungen auf neue Kernkraftwerke berührt, und welche Auswirkungen ergeben sich insbesondere in der Kraftwerksindustrie und in der Zulieferungsindustrie?

24. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nach wie vor der Ansicht, daß bei der Erteilung von Errichtungsgenehmigungen für Kernkraftwerke auch Entsorgungsverträge mit dem Ausland als Entsorgungsvoraussetzung anerkannt werden?

25. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Beherrschbarkeit der Endlagerung und die Bedenkenlosigkeit der Zwischenlagerung zu den selbstverständlichen Voraussetzungen für die sicherheitstechnische Vertretbarkeit des deutschen Entsorgungszentrums gehört, und wie begründet sie dies im einzelnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

26. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Empfänger beamtenrechtlicher Versorgungsbezüge für eine beihilfenkonforme (restkostendeckende) Krankenversicherung ungeachtet langer Vorversicherungszeiten wesentlich höhere Beiträge zahlen müssen als jüngere aktive Beamte im gleichen Tarif, und wie groß sind diese Unterschiede zum Beispiel im Durchschnitt zwischen einem 40-jährigen aktiven Beamten und einem 75-jährigen Ruhestandsbeamten, und worauf ist die zusätzliche Belastung der Versorgungsempfänger zurückzuführen?

27. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um dieser im geltenden Beihilferecht nicht berücksichtigten zusätzlichen Belastung der Versorgungsempfänger, deren Einkommen stark reduziert ist, mit Beiträgen für eine restkostendeckende Krankenversicherung im Rahmen der bei aktiven Beamten üblichen prozentualen Belastung zu halten?

28. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wieweit haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung terroristische Vereinigungen in den letzten Jahren durch Banküberfälle finanziert, und von welcher Seite sind welche verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur besseren Bankensicherung vorgebracht worden?

29. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung über den Zusammenhang erhöhter Kriminalität und modernen Hochhaussiedlungen vor, kann die Bundesregierung Zeitungsmeldungen bestätigen, wonach sich „die Wohnwüsten der Bundesrepublik Deutschland zu Brutstätten der Kriminalität" entwickelten, und welche Konsequenzen und Folgerungen ist die Bundesregierung bereit, aus diesen Erkenntnissen zu ziehen?

30. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

War dem Bundesinnenministerium als Aufsichtsorgan der Bundeszentrale für politische Bildung vor Erscheinen der von der Bundeszentrale herausgegebenen Wochenzeitung „Das Parlament" Nr. 39/77 vom 1. Oktober 1977 bekannt, daß auf Seite 14 eine großformatige Annonce des im Verfassungsschutzbericht 1976 als kommunistisch und DKP-nahestehend eingestuften Kölner Pahl-Rugenstein-Verlags veröffentlicht wurde, wie beurteilt der Bundesinnenminister diese Veröffentlichung, und welche Maßnahmen gedenkt er zu ergreifen, um eine Wiederholung solcher Vorgänge zu verhindern?

31. Abgeordnete **Frau Dr. Martini-Glotz** (SPD)

Wann ist im Hinblick darauf, daß sich die Hopfenbauern seit Jahren um eine Änderung des Überprüfungsrhythmus für Ölbrenner für Hopfendarren bemühen, damit zu rechnen, daß eine Novellierung der ersten Bundesimmissionsschutzverordnung, in der ein größerer Überwachungsrhythmus für kurzzeitig betriebene Feuerungsanlagen vorgesehen ist, von der Bundesregierung vorgelegt wird?

32. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Hält die Bundesregierung auch heute noch an ihrem bisherigen Standpunkt (siehe u. a. Beantwortung meiner schriftlichen Anfrage vom 5. Juli 1977) fest, daß hinsichtlich der Errichtung von Kohlekraftwerken durch die Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der TA-Luft keinerlei Rechtssicherheit gegeben ist, und wenn nein, wo liegen nach ihrer Auffassung die Gründe und Schwierigkeiten, daß weitere Kohlekraftwerke nicht bzw. angeblich nicht gebaut werden können, und was gedenkt sie, dagegen zu unternehmen?

33. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesbediensteten unter den Mitgliedern des „Deutsch-Chilenischen Freundeskreises", die zur 125-Jahr-Feier nach Chile fliegen, dafür Dienstbefreiung erhalten?

34. Abgeordnete **Frau Dr. Däubler-Gmelin** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auf Bundesbedienstete in der Richtung Einfluß zu nehmen, daß sie im Interesse des demokratischen Ansehens der Bundesrepublik Deutschland von der Teilnahme an der 125-Jahr-Feier in Chile absehen?

35. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Mit welchem Bedarf an Zwischenlagerkapazität für Brennelemente aus Leichtwasserreaktoren rechnet die Bundesregierung für die Jahre bis 1983, und welche Zwischenlagermöglichkeiten – an welchen Standorten – stehen für diesen Zeitraum zur Verfügung?

36. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)	Welche Konsequenzen beim Bau von Kernkraftwerken will die Bundesregierung auf Grund der Ergebnisse der Mannheimer Reaktor-Tagung ziehen, bei der Experten zu dem Ergebnis gekommen sind, daß beim Bau von Kernkraftwerken eine bodeneingebettete Bauweise den Sicherheitsfaktor wesentlich erhöht?
37. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß bei dem in Planung befindlichen Kernkraftwerk Rehling (Landkreis Aichach-Friedberg) – 10 km von der Stadt Augsburg entfernt – eine Halb- oder Ganzabsenkung in die Planung einbezogen wird?
38. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung die Werbung für „Präzisions-Gummischleudern" bekannt, die nach bekanntgewordenen Versuchsergebnissen geeignet sind, Stahlkugeln mit solcher Wucht zu verschießen, daß dadurch erhebliche Verletzungen von Menschen verursacht werden können, gibt es Informationen über die Verwendung solcher Schleudern bei gewalttätigen Demonstrationen oder ähnlichen Ereignissen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
39. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)	Bietet das Waffengesetz ausreichende Möglichkeiten, den Erwerb solcher Schleudern auszuschließen, und bis wann wird die Bundesregierung den Innenausschuß des Deutschen Bundestages über die von ihr gegebenenfalls zu unternehmenden Schritte unterrichten?
40. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorstellung, die Erteilung von Neubaugenehmigungen für Kernkraftwerke an die Erfüllung dreier Entsorgungsbedingungen zu knüpfen, nämlich, die sicher beherrschbare Endlagerung hochradioaktiven Mülls, die Sicherung technisch bedenkenloser Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente und die erste Teilerrichtungsgenehmigung eines Standortes zur Endlagerung, wie dies der Bundeshauptausschuß der FDP am 26. Juni 1977 gefordert hat, und welche Konsequenzen hat eine derartige Forderung auf den Bau von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland?
41. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Kopplung für die Errichtung neuer Kernkraftwerke an die erste Teilerrichtungsgenehmigung für das deutsche Entsorgungszentrum, wie dies vom SPD-Parteivorstand vorgeschlagen wird, im Hinblick auf die notwendige Kernkraftwerkskapazität in der Bundesrepublik Deutschland?
42. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die Bundesbediensteten ausdrücklich zu verpflichten, den zuständigen Sicherheitsorganen darüber zu berichten, wenn sie Beobachtungen im Zusammenhang mit dem Terrorismus machen oder Erkenntnisse in dieser Hinsicht gewinnen?
43. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)	Was tut die Bundesregierung, um den Schutz der Passagiere deutscher Luftfahrtgesellschaften vor Terroristen zu verstärken?

44. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Auf Grund welcher Fakten hält die Bundesregierung eine noch über die vom nordrhein-westfälischen Landesminister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung hinausgehende Verschärfung bei Schwefeldioxyd-Emissionen für möglich, und wie beurteilt sie die Auswirkungen auf die geplanten Kohlekraftwerke, insbesondere im Ruhrgebiet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

45. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach bei allen Todesfällen die binnen 36 Stunden nach einer Operation eintreten, eine Obduktion umgehend vorzunehmen ist, bzw. beabsichtigt die Bundesregierung, die heute geltenden restriktiven Bestimmungen für Obduktionen unter dem Gesichtspunkt zusätzlicher medizinischer Erkenntnisse zu erleichtern?

46. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie viele Ermittlungsverfahren wegen Verstöße gegen § 88 a Strafgesetzbuch sind seit Inkrafttreten der Vorschrift eingeleitet worden, und zu welchem Ergebnis haben sie geführt?

47. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist die Bundesregierung, nachdem das neue Gesetz über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen den Verbraucherschutz in der Wirtschaft verstärkt hat, bereit zu prüfen, ob und inwieweit die Vorschriften des Gesetzes über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen auch im Bereich der Unternehmen der öffentlichen Hand, z. B. bei Bahn, Post und der öffentlichen Energiewirtschaft zur Geltung kommen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

48. Abgeordneter **Dr. Luda** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die bisherige Sparförderung – außer Bausparförderung – abgebaut werden sollte zugunsten der Förderung der Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Produktivkapital, weil diese – bei ohnehin ausreichender gesamtwirtschaftlicher Sparquote – vordringlich ist, da sie zur Finanzierung eines stärkeren Wirtschaftswachstums und damit zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

49. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß, wie in einer Annonce des Wirtschaftsinstituts für Innovation und Marketing angekündigt, den Geldgebern eines neuen Hitler-Films umfangreiche Steuervorteile gewährt werden, und ist die Bundesregierung angesichts der die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig überschwappenden Kommerzialisierung des Dritten Reichs bereit, eine derartige steuerpolitische Subventionierung eines neuen Hitler-Films zu unterbinden?

50. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wie haben sich in den Jahren 1975/76 die Gebühren für Lohn- und Gehaltskonten bei allen Banken geändert, und ist die Bundesregierung bereit, gegen ungerechtfertigte Gebührenerhöhungen der Kreditinstitute für Lohn- und Gehaltskonten – möglicherweise durch schärfere Mißbrauchsaufsicht durch das Kartellamt – etwas zu unternehmen?

51. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Verordnung über die Preisangaben in den Geschäftsräumen der Kreditinstitute nicht immer im gewünschten Sinn praktiziert wird, und ist sie bereit, verschärfte Bestimmungen zu erlassen, um die Preistransparenz für die Kunden spürbar zu verbessern?

52. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Was ist der gegenwärtige Stand der Verhandlungen für die Schaffung einer Alkoholmarktordnung in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft?

53. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung nach Verabschiedung der Alkoholmarktordnung zu tun, um den Bestand der rund 600 Kornbrennereien, 700 Kartoffelbrennereien und 30 000 Abfindungsbrennereien in der Bundesrepublik Deutschland zu sichern bzw. den Übergang zu vernünftigen Betriebsgrößen zu erleichtern?

54. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Zinsgewinn der deutschen Banken durch die Laufzeiten von Überweisungen, und reichen diese Gewinne aus, um die entsprechenden Kosten der Kontoführung zu decken?

55. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob das Bayerische Finanzministerium Spendenorganisationen wie dem „Wirtschaftsbeirat der Union", der „Gesellschaft zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft e. V." und dem „Schutzverband des Erwerbstätigen Eigentums e. V." Steuerfreiheit zuerkannt hat, und wie bewertet die Bundesregierung gegebenenfalls eine derartige Auslegung von Steuergesetzen des Bundes angesichts der Tatsache, daß es sich hierbei nicht um ordnungsgemäße Berufsverbände, sondern eindeutig um finanzielle Hilfsorganisationen einer politischen Partei handelt?

56. Abgeordneter **Curdt** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Transportunternehmer in Italien zwar theoretisch und unter erschwerten Voraussetzungen eine Mehrwertsteuererstattung für die von ihnen in Italien in Anspruch genommenen Warenlieferungen und Dienstleistungen erhalten können, daß diese Erstattungsmöglichkeit aber praktisch nicht zur Auszahlung führt, weil die von der Finanzverwaltung freigegebenen Erstattungsbeträge auf Grund einer Verfügung des italienischen Devisenamtes vom 24. Mai 1977 nicht ausgezahlt, sondern nur für Zwecke verwendet werden dürfen, die bei deutschen Transportunternehmen in der Regel nicht anfallen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

57. Abgeordneter **Curdt** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die genannten Praktiken mit Artikel 17 Abs. 2 b der 6. Richtlinie zur Harmonisierung der Umsatzsteuer vom 17. Mai 1977 und auch mit dem Geist der römischen Verträge nicht vereinbar sind, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, um die italienische Regierung zu veranlassen, diese die Wettbewerbsbedingungen der Transportwirtschaft verzerrenden Vorschriften abzuändern?

58. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach das Bundesfinanzministerium die Frist zur Vermeidung von wechselseitigen 7 b-begünstigten Anschaffungsgeschäften von 5 auf 2 Jahre herabzusetzen beabsichtigt, und wie will sie verhindern, daß die Intention des 7 b-Gesetzes durch Immobilientausch unter Begüterten verfälscht wird?

59. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Gründe für die Absicht der Bundesvermögensverwaltung angeben, nach denen ohne Absprache mit den betroffenen Gemeinden, z. B. der Stadt Mönchengladbach, die auf gemeindeeigenen Grundstücken errichteten bundeseigenen Schutzbauten in die alleinige Zuständigkeit der betroffenen Gemeinden mit allen sich daraus ergebenden Unterhaltungsverpflichtungen durch eine einseitige Besitzaufgabeerklärung der Bundesvermögensverwaltung übergehen sollen?

60. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung angeben, mit welchen jährlichen Unterhaltungskosten die Gemeinden für diese Schutzbauten rechnen müssen, und ist diese Absicht der Bundesvermögensverwaltung mit dem Bundesministerium des Innern insoweit abgestimmt, als dadurch Überlegungen zur Zivilverteidigung betroffen sind?

61. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung noch der Überzeugung, daß die finanzielle Lage der Gemeinden keinen Anlaß zur Besorgnis gebe, die Finanzausstattung der Gemeinden keiner Besserung bedürfe und daß es lediglich zu den Eigenschaften der Kommunalpolitiker gehöre, über die Finanznot der Gemeinden zu klagen und Forderungen zur Verbesserung zu erheben, wie sich Staatssekretär Karl Haehser nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung äußerte?

62. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in der Bundesrepublik Deutschland für Beiträge und Spenden an die Deutsche Kommunistische Partei, den Kommunistischen Bund Westdeutschland, die Kommunistische Partei Deutschland, die Kommunisten Deutschlands – Marxisten – Leninisten, die Sozialistische Einheitspartei Westberlin und an andere verfassungsfeindliche Parteien die steuerliche Abzugsfähigkeit nach § 10 b Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes gestattet ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

63. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Neuregelung der Umsatzbesteuerung für Altenheime (§ 4 Nr. 16 UStG) ab 1. Januar 1977 zu einer erheblichen Verschlechterung der Rechtslage für diejenigen kirchlichen Altenheime geführt hat, die in der Form einer juristischen Person des Privatrechts betrieben werden?

64. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Benachteiligung gegenüber den in Eigengesellschaften geführten Altenheimen zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

65. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der Einsparung von Energiemaßnahmen, die – wie z. B. die Einführung einer Sondersteuer für Energie in Frankreich – sicherstellen, daß nicht länger private Haushalte mit geringerem Energieverbrauch gegenüber den Großabnehmern durch ungünstigere Tarife benachteiligt werden?

66. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkung einer Bemessung der Kraftfahrzeugsteuer statt wie bisher nach dem Hubraum der einzelnen Modelle nach dem Kraftstoffverbrauch auf den Energiebedarf?

67. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Warum hält es die Bundesregierung weiterhin für notwendig, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Vertriebenen oder Flüchtlingen im Verhältnis zu anderen ein Preisprivileg einzuräumen, auch wenn bei den begünstigten Firmen schon auf Grund ihres Alters angenommen werden müßte, daß ihre Inhaber längst als eingegliedert angesehen werden müßten?

68. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Prüft die Bundesregierung Änderungsvorschläge mit dem Ziel, eine zu weitgehende Begünstigung und damit Wettbewerbsverzerrungen abzubauen?

69. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Welche Konsequenzen ergeben sich für den deuschen und europäischen Energiemarkt und für unsere Energiepolitik, wenn – wie in „Les Echos", Paris, vom 15. September 1977 gemeldet – die internationalen großen Ölgesellschaften, wie Esso, Shell, BP verstärkt ins Kohlengeschäft einsteigen?

70. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die drastische Reduzierung der Kokserzeugung in der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenhang mit der vom „W'D Energiewirtschaft", Düsseldorf, vom 29. September 1977 verbreiteten Meldung, daß Kanada seine Kokskohlenförderung stark ausbauen will?

71. Abgeordneter **Holtz** (SPD)

Welche Entwicklung nahm das Gesamtvolumen des deutsch-argentinischen Handels in den vergangenen fünf Jahren, und in welcher Höhe sind derzeit Geschäfte durch Hermes-Bürgschaften abgesichert?

72. Abgeordneter **Holtz** (SPD)

Trifft es zu, daß der Bürgschaftsrahmen des deutsch-argentinischen Handels erheblich erweitert worden ist (Die Zeit vom 30. September 1977), und wie beurteilt die Bundesregierung diese Erweiterung angesichts der innenpolitischen Situation in Argentinien?

73. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung noch an ihren eigenen energiepolitischen Zielvorstellungen fest, die sie im März 1977 den parlamentarischen Gremien und der Öffentlichkeit vorgelegt hat?

74. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Welche Stellung bezieht die Bundesregierung zu den „Szenarien“, die sie selbst über die Auswirkungen mangelnder Kernkraftwerkskapazität entwickeln ließ und die im einzelnen in den „Eckwerten“ vom März 1977 dargestellt sind?

75. Abgeordneter **Mahne** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, über ihren Vertreter im Vorstand der Deutschen Zentrale für Tourismus auf eine Aufnahme von zwei Vertretern der deutschen Automobilclubs in die Deutsche Zentrale für Tourismus noch vor der Wahl des neu konzipierten Verwaltungsrates hinzuwirken, wenn die Automobilclubs gemeinsam einen entsprechenden Antrag stellen?

76. Abgeordneter **Schirmer** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, über ihren Vertreter im Vorstand der Deutschen Zentrale für Tourismus auf eine Aufnahme des Deutschen Camping-Clubs in die Deutsche Zentrale für Tourismus noch vor der Wahl des neu konzipierten Verwaltungsrates hinzuwirken, wenn der Deutsche Camping-Club einen entsprechenden Antrag stellt, und wenn ja, wann kann damit gerechnet werden?

77. Abgeordneter **Müntefering** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, über ihren Vertreter im Vorstand der Deutschen Zentrale für Tourismus auf eine Aufnahme der Arbeitsgemeinschaft für Verbraucher in die Deutsche Zentrale für Tourismus noch vor der Wahl des neu konzipierten Verwaltungsrates hinzuwirken, wenn die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher einen solchen Antrag stellt?

78. Abgeordneter **Haase (Fürth)** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, über ihren Vertreter im Vorstand der Deutschen Zentrale für Tourismus auf eine Aufnahme der Gewerkschaften in die Deutsche Zentrale für Tourismus noch vor der Wahl des neu konzipierten Verwaltungsrates hinzuwirken, wenn die Gewerkschaften einen entsprechenden Antrag stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

79. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen kann und wird die Bundesregierung aus dem Ergebnis der Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung ziehen, die ermittelte, daß der in Diskotheken und Tanzlokalen festgestellte Lärmpegel doppelt bis vierfach stärker ist als der als gesundheitsgefährdend festgelegte Lärmpegel am Arbeitsplatz?

80. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Vertritt die Bundesregierung immer noch den Standpunkt, daß das 20. Rentenanpassungsgesetz zu keiner Beitragserhöhung in der Sozialversicherung führt, nachdem verschiedene Krankenkassen unter Hinweis auf dieses Gesetz ab 1978 Beitragserhöhungen angekündigt haben?

81. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

In welcher Beziehung stehen die Transparenzarzneimittellisten nach § 368 p Abs. 1 Satz 2 RVO und die der Transparenzkommission beim Bundesgesundheitsamt zueinander, und kann die Bundesregierung erläutern, warum gleich zwei Transparenzlisten benötigt werden und in welcher Hinsicht sie sich voneinander unterscheiden sollen?

82. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Auf welche Gründe führt die Bundesregierung die deutlichen Überschüsse in der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 1976 und im ersten Halbjahr 1977 zurück, ehe das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz überhaupt in Kraft trat?

83. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie von der Tageszeitung Die Welt vom 6. Oktober 1977 gemeldet – das Bundesamt für den Zivildienst entschieden hat, in Zukunft nur noch die Dienstpflichtigen zum Zivildienst einzuberufen, die nach Inkrafttreten der Wehrdienstnovelle am 1. August 1977 die Erklärung zur Verweigerung des Wehrdienstes abgegeben haben, und wenn ja, welche Gründe kann die Bundesregierung dafür anführen, und wie viele von den bereits nach dem bisherigen Verfahren anerkannten Wehrdienstverweigerer – die genannte Quelle spricht von 53 000 – kommen nun um die Erfüllung ihrer Dienstpflicht herum?

84. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesanstalt für Arbeit eine wissenschaftliche Untersuchung ihres Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung geheim hält, in deren Rahmen auch die Meinung der Bevölkerung hinsichtlich der Verantwortung für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erforscht wurde, und wenn ja, warum wird die Untersuchung geheim gehalten – sind insbesondere entsprechende Wünsche oder Andeutungen aus dem Bereich der Bundesregierung an die Bundesanstalt für Arbeit herangetragen worden –, und wann werden Fragen und Antworten sowie die Ergebnisse der Untersuchung der Wissenschaft und Öffentlichkeit zur Auswertung zugänglich gemacht?

85. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Gibt es Überlegungen in der Bundesregierung, bei der landwirtschaftlichen Altershilfe analog dem Rentenrecht ein Witwengeld auch für jüngere Witwen einzuführen, und wenn ja, wann ist eine gesetzliche Initiative zu erwarten?

86. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um über die Bundesanstalt für Arbeit den Rundfunk- und Fernsehanstalten für deren Regionalprogramme auf Bundesebene eine Servicesendung für Arbeitnehmer dergestalt anzubieten, die der Bundesanstalt für Arbeit von den Unternehmen gemeldeten offenen Stellen zu einer günstigen Tageszeit in regelmäßigen Zeitabständen auszustrahlen, um hier ein neues Instrument regionaler und überregionaler Stellenvermittlung gekoppelt mit einer zusätzlichen regionalen Mobilität zum Abbau der Arbeitslosigkeit einzusetzen?

87. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Sind im unmittelbaren oder mittelbaren Verantwortungsbereich der Bundesregierung Erkenntnisse darüber gesammelt worden, in welcher Höhe Krankenkassen Aufwendungen für Abtreibungen seit Inkrafttreten des 15. Strafrechtsänderungsgesetzes erbracht haben, und wenn ja, welche Höhe der angesprochenen Aufwendungen ergibt sich daraus?

88. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Informationen darüber, in welcher Höhe die Krankenkassen Aufwendungen für die Durchführung von Kuren für werdende Mütter erbracht haben bzw. Beihilfen hierzu, und wenn ja, ergibt sich daraus eventuell, daß Pressemeldungen zutreffen, wonach im gleichen Zeitraum in zunehmendem Maß Beihilfen zu Kuren für werdende Mütter ganz oder teilweise abgelehnt worden sind?

89. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Worauf führt die Bundesregierung die besorgniserregende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt für Frauen – im Zuständigkeitsbereich des Landesarbeitsamtes Nordbayern – zurück, und was unternimmt sie, um die im Vergleich zum übrigen Geschehen auf dem Arbeitsmarkt ungleich höhere Arbeitslosigkeit bei den Frauen unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit zu beeinflussen?

90. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie groß ist die Zahl der Facharbeiter, die in den vergangenen 5 Jahren zu Technikern oder zu sonstigen Berufen umgeschult wurden, und wie viele von ihnen können heute aus Gründen der „Zumutbarkeit" nicht mehr als Facharbeiter vermittelt werden, obwohl sie als Techniker oder Angehörige eines anderen Berufs arbeitslos sind?

91. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie hoch beziffert sich zur Zeit der fehlende Bedarf an Facharbeitern?

92. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Worin liegen die Ursachen für die oft unerträglich langen Wartezeiten bei der Einberufung zum Zivildienst, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, um diese Benachteiligung der Zivildienstleistenden gegenüber den Wehrdienstleistenden abzubauen?

93. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Welche Begründung vermag die Bundesregierung für das Mißverhältnis anzuführen, daß zwar seit Jahren rund 50 v. H. aller Wehrpflichtigen zur Ableistung des Grundwehrdienstes herangezogen werden, daß aber die nach Inkrafttreten der Wehrdienstnovelle vom 1. August 1977 sprunghaft gestiegene Zahl der Wehrdienstverweigerer bis Ende September auf nun insgesamt 67 363 bisher nur zu 4,5 v. H. ihrer Dienstpflicht genügen muß, und wie will die Bundesregierung überhaupt die Zahl der benötigten Stellen in der gebotenen kurzen Zeit bereitstellen, um zur bereits bestehenden Wehrungerechtigkeit nicht noch eine „Zivildienstungerechtigkeit" heranwachsen zu lassen?

94. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß laut ihrer Antwort vom 28. September d. J. auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Schneider dieses Jahr weniger als die Hälfte der Wehrpflichtigen, die nach der Wehrdienstnovelle vom 1. August 1977 ihre Wehrdienstverweigerung erklären, überhaupt zivildienstfähig seien, obwohl dieselbe Bundesregierung bis-

her immer erklärt hat, daß etwa 80 v. H. der Wehrpflichtigen – siehe Weißbuch 1973/74 – wehrdiensttauglich sind, und liegt hier nicht der Versuch vor, die Zahl der nun fast 70 000 Wehrdienstverweigerer, die eigentlich Zivildienst leisten müßten, auf dem Verwaltungswege zu verringern, das Mißverhältnis Bedarf und Angebot an Dienstplätzen auf diesem Wege zu verbessern?

95. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)

Welche politischen Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Unternehmensbefragung, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit und das Münchner Ifo-Institut gemeinsam durchgeführt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

96. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Welche Steigerungsrate der Wehrdienstverweigerer konnte die Bundesregierung errechnen, nachdem die Zahlen für den Monat September 1977 inzwischen von den Kreiswehrersatzämtern gemeldet wurden?

97. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung zum 1. Januar 1978 den Ersatzbedarf der Truppe in ausreichendem Maß decken, und zwar ohne den erhöhten Fehlbedarf aus der Gruppe der tauglich III Gemusterten zu rekrutieren, die die Qualität der Truppe beeinträchtigen würden?

98. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Sind der Bundesregierung die derzeitigen Anteile hauptamtlicher und nebenamtlicher Lehrkräfte an Bundeswehrfachschulen bekannt, und beabsichtigt sie anstelle der nebenamtlichen Lehrkräfte vermehrt hauptamtliche Lehrkräfte in den Stellenplänen auszuweisen mit dem Ziel, auf dem Arbeitsmarkt Erleichterungen zu schaffen?

99. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Stunden an Bundeswehrfachschulen zur Zeit von nebenamtlichen Lehrkräften aus welchen Bereichen und zu welchen Gesamtkosten gegeben werden?

100. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß auf Grund der Konzentration militärischer Übungsflüge auf bestimmte Zonen im Luftraum über der Bundesrepublik Deutschland eine zwar nicht generelle, aber in bestimmten Bereichen, wie z. B. der vorderen Bergstraße oder dem Odenwald, wachsende und unzumutbare Lärmbelastung gegeben ist?

101. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Verordnung auf Grund des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm zu erlassen, durch die über die Erstattung von Aufwendungen für bauliche Lärmschutzmaßnahmen bei Wohngebäuden in den Lärmschutzzonen der Flughäfen hinaus eine neue Kategorie für diejenigen Gebiete eingeführt wird, die im Bereich von sogenannten Tiefflugbändern für militärische Übungsflüge liegen, in denen zum Teil erheblich größere und folgenschwerere Lärmbelästigungen als im Einzugbereich von Flughäfen festzustellen sind?

102. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Treffen Zeitungsberichte zu, nach denen die Bundesregierung beabsichtigt, um die Probleme der Altersstruktur in der Bundeswehr zu lösen, Offiziere vom Dienstgrad Oberstleutnant an nach Vollendung des 46. Lebensjahrs mit Anspruch auf Ruhegehalt in den Ruhestand zu versetzen?

103. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den o. a. Offizieren neben dem Ruhegeld als Anreiz eine Abfindungssumme zu zahlen, und wenn ja, wie hoch sollte diese gegebenenfalls sein?

104. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welche Art von militärischer Hilfe – Rüstungsexport, Ausrüstungsbeihilfe, Ausbildung von Militärangehörigen – gewährt die Bundesregierung dem argentinischen Militärregime, und ist die Bundesregierung bereit, diese Hilfe auf Grund der innenpolitischen Situation in Argentinien einzustellen?

105. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, für die Wehrdienstleistenden Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu bezahlen, um sicherzustellen, daß diese nach Beendigung ihrer Wehrpflichtzeit im Falle des Fehlens eines Arbeitsplatzes oder eines Studienplatzes wenigstens Arbeitslosengeld beziehen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

106. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Treffen Berichte zu, nach denen dem Bundesgesundheitsamt seit mehreren Jahren Untersuchungsergebnisse vorliegen, die auf ein erhöhtes Krebsrisiko bei der Einnahme von hormonalen Ovulationshemmern hindeuten, und wenn ja, inwieweit sind diese Ergebnisse bisher ausgewertet worden?

107. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Ärzten eine bessere Beurteilung dieser Frage als bisher zu ermöglichen?

108. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob nach einer Entscheidung des Bundesgesundheitsamts Arzneimittel, die im Verdacht stehen, krebsauslösende Substanzen zu enthalten, noch bis zum 31. März 1978 frei gehandelt werden können, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls nicht auch der Meinung, daß nach den negativen Erfahrungen mit Contergan und den biguanidhaltigen Diabetismitteln es angebracht wäre, ein sofortiges Verbot zu erlassen und daß alle biguanid- und alle aminophenazonhaltigen Mittel aus dem Verkehr zu ziehen sind?

109. Abgeordneter **Wiefel** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß – wie von den Verbraucherverbänden kritisiert – durch Passivität der Lebensmittelüberwachungsstellen und der zuständigen Landesbehörden Importe italienischer Weintrauben bis zu 25 v. H. das hochgiftige DDT enthalten, und wenn ja, welche Schlußfolgerungen zieht sie daraus?

110. Abgeordneter **Wiefel** (SPD)

Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland auf strengere Importkontrollen hinzuwirken, und wird sie diese Möglichkeiten gegebenenfalls nutzen?

111. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Seit wann sind die für die Arzneimittel-Transparenz-Kommission am Bundesgesundheitsamt vorgesehenen Stellen ausreichend qualifiziert und vollständig besetzt, so daß die Anfertigung der Transparenz-Listen sich nicht wegen fehlender personeller Voraussetzungen auf unbestimmte Zeit verschiebt, wie es das Arzneimittel-Transparenz-Kommissionsmitglied Dr. Moebius im Arzneimittel-Telegramm öffentlich verkündet hat?

112. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Mit welchen konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, die Arzneimittel-Transparenz-Kommission wirksam zu unterstützen, falls Engpässe in der Stellenbesetzung auftreten sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

113. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wieso ist für den Bereich der Eisenbahnen die Einführung der Sommerzeit 1978 zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr möglich?

114. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Warum sind nicht rechtzeitig Vorkehrungen getroffen worden, um eine positive Entscheidung zugunsten der Einführung der Sommerzeit im Jahr 1978 zu ermöglichen, so daß eine Realisierung im internationalen Eisenbahnfahrplan 1978 möglich ist?

115. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Gutachten der WIBERA über die Wirtschaftlichkeit der Straßen- und Autobahnmeistereien im Bundesgebiet zu ziehen, und ist sie der Meinung, daß die Aussagen des Gutachtens als repräsentativ angesehen werden können, nachdem bekannt wurde, daß von den 700 Straßen- und Autobahnmeistereien im Bundesgebiet lediglich zwölf näher untersucht wurden, davon acht in Nordrhein-Westfalen und davon wiederum sechs im Bereich des Landschaftsverbands Rheinland?

116. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne zur Verlegung des Wasser- und Schiffahrtsamts Braunschweig nach Hannover?

117. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Hält die Bundesregierung diese Verlegung mit den Zielen des Zonenrandförderungsgesetzes für vereinbar?

118. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Welche stillgelegten Bahnstrecken wird die Deutsche Bundesbahn in ihrem Besitz behalten, um bei einer Veränderung der Verkehrssituation diese Strecken wieder in Betrieb nehmen zu können?

119. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei Bildung von Regionalverkehrsgesellschaften bei der Deutschen Bundesbahn Restkosten verbleiben, die ursprünglich von der Zentralstelle für Betriebswirtschaft der Deutschen Bundesbahn in einem Gutachten vom 24. Juni 1976 in den

ersten zehn Jahren auf insgesamt 1,445 Milliarden DM bis 3,388 Milliarden DM errechnet wurden und die sich auch nach einem weiteren daraufhin bestellten Gutachten, dessen Methodik am 25. Juli 1977 im Bundesverkehrsministerium festgelegt wurde, auf eine immer noch ähnliche Höhe belaufen, und wenn ja, wie verträgt sich diese Tatsache mit der defizitären Haushaltssituation der Deutschen Bundesbahn?

120. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Hat der Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Herr Ruhnau, dem Vorstand der Deutschen Bundesbahn nahegelegt, den Bericht des Vorstands vom 26. August 1977 über die Zusammenführung der Busdienste von Bahn und Post, in dem unter Bezugnahme auf obige Zahlen Bedenken gegen die übereilte Bildung von Regionalverkehrsgesellschaften zum Ausdruck kamen, entgegen der ursprünglichen Absicht lediglich als Vorentwurf zu bezeichnen und statt dessen einen neuen Bericht vorzulegen, in dem diese Bedenken nicht mehr enthalten sind, und wenn ja, welche Gründe hatte er dafür?

121. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch ein seit Jahren in Skandinavien praktiziertes System für Eltern mit Vorschulkindern es gelungen ist, die Verkehrsunfälle in dieser Zielgruppe um ein Drittel zu senken, und stimmt sie mit mir überein, daß ein derartiges System in der Lage wäre, auch in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Verkehrsunfälle drastisch zu senken, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

122. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls direkte Finanzzuwendungen an die Träger verkehrserzieherischer Systeme, wie z. B. die Deutsche Verkehrswacht, vorzunehmen und sicherzustellen, daß diese Mittel für die Verkehrserziehung von Schulkindern eingesetzt werden?

123. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Untersuchungsergebnisse darüber vor, inwieweit auf Grund einer wesentlich häufigeren Installation von akustischen Signalanlagen an Ampeln, wie zum Beispiel in Großbritannien, die Verkehrssicherheit an Straßenkreuzungen und Fußgängerüberwegen positiv beeinflußt wird, und wenn ja, gedenkt die Bundesregierung den Einbau an neuen Ampelanlagen bzw. den nachträglichen Einbau, eventuell durch einen zeitlichen Stufenplan zwingend vorzuschreiben oder durch Förderungen einen entsprechenden Anreiz zu bieten?

124. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Ist der Eindruck richtig, daß Baustellenarbeiten an Bundesautobahnen unverhältnismäßig lange dauern, zumeist länger als bei gleichgroßen Neubaustrecken, erkennbar auch dadurch, daß oft wochen- und monatelang keine sichtbare Bautätigkeit stattfindet, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls hiergegen zukünftig zu unternehmen?

125. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Seit wann werden an der Bundesautobahn Unna—Leverkusen Reparaturarbeiten durchgeführt, und wann ist damit zu rechnen, daß diese relativ kurze Strecke einmal ohne Baustellenbehinderungen passiert werden kann?

126. Abgeordneter **Metz** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Regierung der Republik Elfenbeinküste eine Verwaltungsanordnung Nr. 07–77 am 25. August 1977 in Kraft gesetzt hat, die zu einer nachhaltigen Bevorzugung der staatlich gelenkten Reederei der Republik Elfenbeinküste SITRAM führt, und daß diese Verwaltungsanordnung damit im Widerspruch zu Artikel 1 des Regierungsprotokolls über die Seeschiffahrtsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Elfenbeinküste vom 13. Juni 1977 steht, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den vereinbarten Grundsatz der gleichberechtigten Beteiligung der nationalen Linienreedereien durchzusetzen?

127. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, nach denen das Seeamt Emden aufgelöst und seine Aufgaben künftig vom Seeamt Hamburg oder Bremen wahrgenommen werden sollen, und wenn ja, kann sie einleuchtende Argumente für einen solchen Schritt geltend machen?

128. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Sind nach Auffassung der Bundesregierung die Bedenken berechtigt, die vom Fachverband Stahlblechverarbeitung e. V. – Industriegruppe Kfz-Kennzeichenschilder – und in einem Artikel im Handelsblatt vom 5. Oktober 1977 gegen den Beschluß des Bundeskabinetts zur Einführung diebstahl- und fälschungssicherer Kfz-Kennzeichen vorgebracht werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

129. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Konsequenzen, insbesondere für den Finanzierungsmodus, werden auf Grund der Entscheidung des Deutschen Verkehrs-Sicherheitsrates (DVR), gegen die Stimmen des Verkehrsministeriums öffentliche Mittel nicht an den Kinder-Verkehrs-Club der Deutschen Verkehrswacht zu geben, sondern dafür eine Winterbroschüre (2 Millionen Auflage) der Stiftung „Sicherheit im Ski-Sport" zu finanzieren, erwogen, und wie läßt sich diese Entscheidung mit der Absicht der Bundesregierung vereinbaren, die Kinder-Verkehrserziehung vorrangig zu fördern?

130. Abgeordneter **Lemmrich** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesverkehrsminister seine Zusage, das Teilstück Heidenheim – Westhausen b. Aalen der Bundesautobahn Würzburg – Ulm – Kempten – Füssen (A 7) zweibahnig zu bauen, rückgängig gemacht hat, und welches sind gegebenenfalls die Gründe dafür?

131. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, von sich aus, also ohne Übereinkommen auf Gegenseitigkeit mit den entsprechenden Zielländern, einen verbilligten Nachttarif für Auslandstelefonferngespräche einzuführen, zumal die Gefahr von unzweckmäßigen Verkehrsverlagerungen im internationalen Telefonverkehr oder mangelnder technischer und tariflicher Übereinstimmung – wie das Beispiel Großbritannien zeigt – anderenorts offensichtlich als unerheblich eingeschätzt wird?

132. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Trifft es zu, daß – wie in der Wirtschaftswoche Nr. 41 behauptet – die Installationen von Zeittakteinrichtungen durch die Deutsche Bundespost in spätestens fünf bis zehn Jahren Schrott sind?

133.	Abgeordneter **Wüster** (SPD)	Wie liegt der Planzeitpunkt zur Einführung des elektronischen Wählsystems im Telephonbereich der Deutschen Bundespost?
134.	Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)	Bestehen seitens der Bundesregierung oder seitens der Deutschen Bundespost Bedenken dagegen, bei größeren Städten oder Gemeinden im amtlichen Fernsprechbuch neben der Straßenangabe auch eine Abkürzung des Ortsteils aufzunehmen, wie dies in zahlreichen Fernsprechortsnetzen üblich ist, in anderen aber ausdrücklich verweigert wird?
135.	Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Wieviele Tage sind durchschnittlich Postsendungen (Pakete/Briefe/Postkarten) aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland auf dem Postweg, und gibt es Beobachtungen, aus denen hervorgeht, daß aus bestimmten Bezirken der DDR die Sendungen besonders lange unterwegs sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

136.	Abgeordneter **Blumenfeld** (CDU/CSU)	Welche Beweggründe haben die Bundesregierung veranlaßt, die jüngste amerikanisch-sowjetische Erklärung zur Lage im Nahen Osten zu unterstützen?
137.	Abgeordneter **Blumenfeld** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung erläutern, was sie bei ihrer Nahostpolitik unter der allgemeinen Aussage „die legitimen Rechte des palästinensischen Volks anzuerkennen" konkret versteht?
138.	Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung unter bündnispolitischen Gesichtspunkten militärischer und psychologischer Natur den Abschluß des Abkommens zwischen den Streitkräften der UdSSR und Frankreichs über die gegenseitigen Beziehungen in den Jahren 1977/78 vom 21. Juni d. J. (Krasnaja Swesda vom 22. Juni 1977)?
139.	Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)	Welche anderen Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses haben vergleichbare Abkommen abgeschlossen oder planen ähnliche Vereinbarungen mit der UdSSR oder/und anderen Staaten des Warschauer Pakts?
140.	Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Auf welche Erkenntnisse und Erfahrungen bezüglich des innerdeutschen Verhältnisses stützt sich die Bundesregierung, wenn ihr Vertreter in Belgrad auf dem KSZE-Überprüfungstreffen am 6. Oktober 1977 erklärt hat, daß die Bundesregierung „die tatsächlich erreichten Fortschritte, insbesondere bei den Bestimmungen über Freizügigkeit, menschliche Kontakte, Familienzusammenführung, Verwandtenbesuch, Reiseerleichterungen und Eheschließungen zu schätzen weiß"?
141.	Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)	Wie groß ist die Zahl der mit Bundesmitteln bezahlten Stipendien für Studenten und Wissenschaftler aus den Staaten des Warschauer Pakts im Jahr 1977, und wieviel der angebotenen Stipendien oder Studienfreiplätze wurden 1977 abgerufen oder belegt?

142. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Trifft es zu, daß die bayerische Trachtenkapelle „Schwäbische Bläserbuben" auf Kosten des Auswärtigen Amtes zur 125-Jahr-Feier der deutschen Einwanderung nach Chile fliegt, und wie ist dann die dem Deutschen Bundestag in der 39. Sitzung am 8. September von Staatsminister Frau Hamm-Brücher gegebene Auskunft zu verstehen, das Auswärtige Amt werde keinen finanziellen Beitrag zu einer Delegationsreise nach Chile leisten?

143. Abgeordneter **Waltemathe** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, gegebenenfalls dem in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck (z. B. „Spiegel" Nr. 42 vom 10. Oktober) entgegenzutreten, daß durch den aus Bundesmitteln finanzierten Besuch der „Bläserbuben" in Chile die Pinochet-Diktatur aufgewertet werde, und wenn ja, in welcher Form?

144. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen, die das argentinische Militärregime kürzlich erlassen hat und wonach politischen Gefangenen die Möglichkeit eingeräumt wird, das Land zu verlassen, ein Aufnahmeprogramm mit den Bundesländern für argentinische Flüchtlinge zu vereinbaren?

145. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung, die Stelle des deutschen Botschafters in Buenos Aires zunächst unbesetzt zu lassen?

146. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Welche Aktionen plant die Bundesregierung, um deutsche Sportler und die fußballinteressierte Öffentlichkeit über das argentinische Militärregime aufzuklären und die Gefahren deutlich zu machen, die möglicherweise deutschen Touristen auf Grund der bürgerkriegsähnlichen Zustände in Argentinien während der Fußballweltmeisterschaft 1978 drohen?

147. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Welche konkreten Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zusammen mit ihren europäischen Partnern und ihren übrigen Freunden und Verbündeten, gemeinsame Schritte dahin gehend zu unternehmen, daß die Menschenrechte in Argentinien respektiert werden?

148. Abgeordneter **Weißkirchen (Wiesloch)** (SPD)

Ist die Bundesregierung auf Grund des Obduktionsbefundes in der Lage und bereit, öffentlich zu erklären, daß Elisabeth Käsemann von argentinischen Sicherheitskräften exekutiert worden ist und nicht bei einem Feuergefecht umgekommen sein kann, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Erkenntnis?

149. Abgeordneter **Weißkirchen (Wiesloch)** (SPD)

Liegt der Bundesregierung mittlerweile die vor vier Monaten angeforderte Darstellung der argentinischen Behörden über die Todesumstände von Elisabeth Käsemann vor, und wenn nicht, was gedenkt sie zu unternehmen, um die Unterlagen zu erhalten?

150. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß den Eltern von Elisabeth Käsemann die persönliche Habe der Ermordeten übergeben wird, und welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung in dieser Richtung unternommen?

151. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Welches sind die konkreten Gründe der Bundesregierung, trotz mangelnder Kooperationsbereitschaft der argentinischen Behörden bei der Suche nach den „verschwundenen" deutschen Staatsbürgern nicht über die bisherigen Schritte hinauszugehen (Antwort der Bundesregierung vom 7. September 1977 auf die Frage Nr. 172 des Abgeordneten Weißkirchen), obwohl die bisher verfolgte Politik die Probleme nicht lösen konnte?

152. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)

Wie hat Bundesaußenminister Genscher auf die Warnung von Chinas Vize-Premier Hsien-Nie reagiert, Moskaus „Phrase von Entspannung und Abrüstung" zu glauben, daß „die Supermacht, die Honig im Mund und Galle im Herzen hat", „der gefährlichste Kriegsherd" sei, und muß aus dieser Äußerung nicht der Schluß gezogen werden, daß die sowjetische Entspannungspolitik ein reines Scheinmanöver zur Täuschung und Einschläferung des Westens darstellt?

153. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, ausländische Politiker, die einen derart menschenverachtenden Standpunkt einnehmen, wie der sowjetische TASS-Chef Samjaten, der einem russischen Emigranten gegenüber dessen Ermordung während der Oktoberrevolution als wünschenswert bezeichnet hatte, von künftigen Besuchen in der Bundesrepublik Deutschland auszuschließen?

154. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Warum ist die Bundesregierung der Auffassung (Antwort auf Frage 10, Drucksache 8/899), daß die öffentliche Diskussion über die von der Bundesregierung zu Recht als völkerrechtswidrig bezeichnete Konfiskation deutschen Privatvermögens durch Polen weder den Betroffenen noch der Entwicklung der Beziehungen beider Länder helfen kann, obwohl einerseits nach öffentlicher Diskussion polnischen Sozialversicherungsansprüchen aus dem 2. Weltkrieg mit hohen globalen Summen abgeholfen wurde und obwohl andererseits fortdauernder Völkerrechtsbruch nach Lehre und Staatenpraxis den Beziehungen der Länder nicht nützt, sondern sie vielmehr stört?

155. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Botschafters von Wechmar in seinem Interview in der „Welt" vom 6. Oktober 1977, wonach die „Mitglieder der UNO glauben", daß „die nationale deutsche Frage" eine „Regelung" u. a. durch die Schlußakte von Helsinki und den Grundlagenvertrag gefunden habe, und gehört es nicht gerade zu den wesentlichen Aufgaben der deutschen Außenpolitik, also auch der Vertretung bei den Vereinten Nationen, demgegenüber die in der Präambel des Grundgesetzes festgelegten Grundsätze nach außen beharrlich zu vertreten?

156. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in dem von der sogenannten Turnhallen-Konferenz in Windhuk vorgelegten Verfassungsentwurf für Südwestafrika eine mögliche Grundlage für die Lösung der dort bestehenden Volksgruppenprobleme, und wenn ja, wird sie sich international dafür einsetzen?

157. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wird der Bundeskanzler bei seinem Besuch in der Volksrepublik Polen die vom Bundesaußenminister gegenüber dem Bundesrat gegebene Zusage einlösen, mit der polnischen Regierung über die Gewährung von Volksgruppenrechten an Deutsche im polnischen Machtbereich zu verhandeln?

158. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf das deutsch-sowjetrussische Verhältnis und im Hinblick auf das Viermächteabkommen über Berlin den Versuch der UdSSR bei der IPU-Konferenz in Sofia, die Leitung der deutschen Delegation durch den Berliner Abgeordneten Franz Amrehn und seine Wahl zum Vizepräsidenten der IPU-Konferenz wegen seiner Eigenschaft als Berliner Abgeordneter zu verhindern, und wird die Bundesregierung diesen Vorfall beim bevorstehenden Besuch des sowjetischen Partei- und Staats-Chefs Breshnew in Bonn zur Sprache bringen?

159. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Aussage des Bundeskanzlers, die er am 3. Oktober 1977 in einer Belegschaftsversammlung in Berlin gemacht hat, Berlin sei „kein Bestandteil der Bundesrepublik", für staats- und verfassungsrechtlich korrekt und zulässig?

160. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß der Bundeskanzler durch Weglassen des entscheidenden Klammerzusatzes, um den von den Westmächten in den Verhandlungen mit der Sowjetunion lange gerungen worden ist, die ohnehin problematischste Passage des Viermächteabkommens, die Westsektoren seien kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland, weiter verschärft und so für die deutsche Politik untragbar gemacht hat, und wenn ja, warum hat der Bundeskanzler dies getan?

161. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie ist die Äußerung des Bundeskanzlers, Berlin sei „kein Bestandteil der Bundesrepublik", mit den von der Bundesregierung bekräftigten Ausführungen von Staatssekretär Günther Hartkopf im Mai 1977 zu vereinbaren, Berlin sei ein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland und die Bundesorgane seien – soweit die Vorbehalte der drei Westmächte nicht greifen – verfassungsrechtlich gehalten, Berlin voll und ganz als Land der Bundesrepublik Deutschland zu behandeln?

162. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung in Zukunft noch Staatsbesucher veranlassen, auch West-Berlin zu besuchen, wenn der Bundeskanzler uneingeschränkt und öffentlich die Meinung vertritt, Berlin sei „kein Bestandteil der Bundesrepublik"?

163. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Bei wieviel Gelegenheiten (bitte genaue Zahlenangabe) in der Sitzungsperiode 1976 haben Vertreter der Bundesregierung vor den Vereinten Nationen – Generalversammlung oder Ausschüsse – auf die Verletzung der Menschenrechte hingewiesen und zwar in der Republik Südafrika, in Südwest Afrika und in Rhodesien durch die Politik der dortigen Regierungen, in Rhodesien und Südwest Afrika durch kommunistische Terroristen (sogenannte „Befrei-

ungsbewegungen" wie Swapo, Zanu und Zapu) bzw. in der „DDR", Polen und der Sowjetunion durch die dortigen Regierungen und kommunistischen Parteien?

164. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Wieviele Flüchtlinge aus Chile sind seit Sturz des chilenischen Diktators Allende in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen worden, und bei wievielen darunter liegen Hinweise darüber vor, daß sie dringend des Terrorismus oder der Zusammenarbeit mit Terroristen und kommunistischen Parteien oder Organisationen verdächtig sind?

165. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Wunsch der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zu folgen und ihrerseits alle Voraussetzungen zu schaffen, damit Spanien innerhalb der nächsten Wochen Mitglied des Europarates wird?

166. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundespresseamt dem Vorsitzenden der Bayerischen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Erwin Essel, geraten hat, zu dem Vorfall in München, bei dem der sowjetische Informationsminister und Generalsekretär der TASS, Samjatin, einem russischen Emigraten, dessen acht Familienangehörige bei der Oktoberrevolution umgebracht wurden, erklärte: „Es tut mir leid, daß Sie nicht der neunte waren!", keine Stellungnahme abzugeben, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie entwickeln sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf militärischem Gebiet seit dem Austausch von Militärattaches zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR?

2. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung deutsch-sowjetische Militärabkommen, die mit den abgeschlossenen oder geplanten Militärabkommen anderer Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses vergleichbar sind?

3. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Einräumung hoher Unterstützungskredite zu Vorzugsbedingungen und die Befürwortung neuer Investitionen aus der deutschen Wirtschaft, und zwar sowohl des öffentlichen als auch des privaten Sektors, zu verantworten sind, obwohl die portugiesische Regierung trotz zahlreicher Versprechungen höchster Stellen gegenüber der Bundesregierung wegen der Auswirkungen der portugiesischen Revolution im April 1974, welche zur Verletzung von garantiertem deutschen Eigentum führte, noch immer keine Wiedergutmachung veranlaßt hat, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

4. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung inzwischen unternommen oder gedenkt sie zu unternehmen, um die geschädigten Interessen der Bundesrepublik Deutschland bzw. einzelner ihrer Bürger nicht nur zu schützen, sondern einen wertgerechten Schadensersatz für die Betroffenen von der portugiesischen Regierung zu erhalten?

5. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Hat die Regierung in Erwägung gezogen, der portugiesischen Regierung die Bildung einer deutsch-portugiesischen Kommission vorzuschlagen, die über die Regelung der noch immer nicht gelösten Fälle eine Entscheidung herbeiführen soll, die von beiden Regierungen akzeptiert werden könnte?

6. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen oder gedenkt sie zu unternehmen, um die portugiesische Regierung erneut darauf aufmerksam zu machen, daß mit Investitionen seitens der deutschen Wirtschaft in Portugal so lange nicht in größerem Umfang zu rechnen ist, bis die seit nunmehr fast zwei Jahren anhängigen Wiedergutmachungsfälle nicht befriedigend aus der Welt geschafft sind und ein bilaterales Investitionsförderabkommen zwischen der Bundesrepublick Deutschland und der Republik Portugal garantiert, daß die bisherigen und neuen Investitionen deutscher Seite entsprechend den völkerrechtlichen Grundsätzen und klaren gesetzlichen Regelungen geschützt sind?

7. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Wie viele Beamte und sonstige Bedienstete des Bundes sind mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen bei den Vereinten Nationen beschäftigt, einschließlich der dazu im Auswärtigen Amt selbst vorgesehenen Planstellen (Stellen)?

8. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

In welchen Besoldungsgruppen sind diese Beschäftigten eingruppiert, und an welchen Orten sind sie beschäftigt?

9. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Welche Kosten waren bzw. sind für Personalausgaben für die Jahre 1973 bis 1978 ausgegeben bzw. veranschlagt im Bundeshaushaltsplan?

10. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Welche Kosten waren bzw. sind für Sachkosten einschließlich Miete, Beschaffung von Hausgrundstücken, Kraftfahrzeugen etc. für die Jahre 1973 bis 1978 ausgegeben bzw. veranschlagt im Bundeshaushaltsplan?

11. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Äußerung eines niedersächsischen Kabinettmitglieds „Schlesien ist eine deutsche Provinz, die derzeit unter polnischer Verwaltung steht" für eine Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen, oder wie sonst ist die Erklärung von Staatsminister Dr. von Dohnanyi in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 29. September 1977 zu verstehen, die Bundesregierung habe die Problematik gesehen, die durch kulturhoheitliche Aktivitäten – wie z. B. durch den niedersächsischen Schülerwettbewerb – in bezug auf die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und namentlich hinsichtlich der Politik der Aussöhnung und Verständigung zwischen den Völkern bestehe?

12. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Auf welche Weise hat die Bundesregierung anläßlich des Konsularvertrages zwischen Zypern und der DDR sichergestellt, daß sie nach wie vor Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes diplomatisch-konsularisch betreuen kann?

13. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche konkreten Anhaltspunkte liegen der Bundesregierung dafür vor, daß Frau Käsemann „in innenpolitische Auseinandersetzungen verstrickt" war (Erklärung des Auswärtigen Amtes), und welche Unterlagen und Beweisstücke hat die Bundesregierung von den argentinischen Behörden über die angebliche subversive Tätigkeit von Frau Käsemann erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

14. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Gibt es eine Untersuchung der Bundesregierung, die die gesundheitlichen Auswirkungen von Fluglärm auf Menschen, die in Gebieten von militärischen Flughäfen wohnen, überprüft, und wenn ja, ist diese Untersuchung bereits abgeschlossen bzw. wann ist mit deren Abschluß zu rechnen?

15. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen sind dafür maßgeblich, den Beihilfebemessungssatz beim Tod des Ehemanns um fünf Prozentpunkte zu kürzen, obwohl sich

Beamtenwitwen mit einem Witwengeld von 60 Prozent des Ruhegehalts in der Regel ohnehin in einer schwierigeren wirtschaftlichen Situation befinden als vergleichbare alleinstehende Beamte und Ruhestandsbeamte?

16. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei der bevorstehenden Änderung des Beihilferechts der zwischen Bund und Ländern bereits vereinbarte Verzicht auf die erwähnte Kürzung des Beihilfebemessungssatzes und damit die Angleichung an das Beihilferecht der Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz am Veto des Bundesfinanzministers gescheitert ist, während andererseits die Zustimmung zur Aufnahme der Aufwendungen bei Schwangerschaftsabbruch in den Katalog der beihilfefähigen Aufwendungen die Zustimmung des Bundesfinanzministers gefunden hat, und welche Überlegungen waren gegebenenfalls für eine solche unterschiedliche Betrachtungsweise bei der Angleichung an den sozialen Fortschritt außerhalb des Beamtenrechts maßgeblich?

17. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß ein großer Teil der Wissenschaftler im wissenschaftlichen Mittelbau der Universitäten als Beamte auf Zeit oder Beamte auf Widerruf nicht der Arbeitslosenversicherung beitreten konnten, dieser Personenkreis in seiner wirtschaftlichen Existenz aber auf Grund der fast vollständig fehlenden beruflichen Chancen aufs Höchste bedroht ist, und welche Maßnahmen kommen nach Ansicht der Bundesregierung in Betracht, um die für diese Wissenschaftler bestehenden Härten künftig zu vermeiden?

18. Abgeordneter **Vogel (Ennepetal)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die bestehenden Vorschriften des Bundesrechts für ausreichend, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Kinder, die in Wohngemeinschaften der Sekte Children of God leben, nicht standesamtlich gemeldet werden, und wenn nein, wird sie eine gesetzgeberische Initiative ergreifen, um solche Praktiken einer Sekte zu unterbinden?

19. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Benachteiligung von Beamtenpensionen, die darin besteht, daß diese um 1 bis 3 Besoldungsgruppen hinter der Versorgung vergleichbarer Behördenangestellter zurückbleiben, auszugleichen, gegebenenfalls durch eine Änderung der Besteuerung oder eine Verbesserung der Krankenfürsorge, die insbesondere den Empfängern niedriger Versorgungsbezüge eine Belastung von bis zu 20 v. H. ihrer Pensionen für eine notwendige beihilfenkonforme Krankenversicherung abverlangt?

20. Abgeordneter **Wittmann (Straubing)** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß im Bereich des Bundesgrenzschutzes den Beamten das Tragen eines Kinnbartes verboten ist?

21. Abgeordneter **Wittmann (Straubing)** (SPD)

Hält die Bundesregierung gegebenenfalls ein solches Verbot mit den Persönlichkeitsrechten vereinbar?

22. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung – wie in der Presse gemeldet – eine Verschärfung der Umweltschutzbestimmungen für Kohlekraftwerke, und wenn ja, welche Gründe waren für diese Überlegungen maßgeblich, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Vorwürfe, daß damit faktisch ein genereller Baustopp für Kohlekraftwerke verfügt sei?
23. Abgeordneter **Walther** (SPD)	Treffen Pressemeldungen zu, wonach es an der Bundesgrenzschutzschule Fuldatal (Ldkrs. Kassel) zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist, um welche Art von Unregelmäßigkeiten handelt es sich dabei gegebenenfalls, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus solchen Vorkommnissen?
24. Abgeordneter **Walther** (SPD)	Warum haben die zuständigen Stellen des Bundesgrenzschutzes nicht selbst rechtzeitig Strafanzeige gestellt?
25. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß es im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen im Aachener Raum die Sperrung der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien ohne Ankündigung durch Steinbarrieren zu erheblichen Unruhen innerhalb der Bevölkerung und bei den belgischen Nachbarn geführt hat, und wenn ja, wie will die Bundesregierung es in Zukunft ermöglichen, daß bei ähnlichen Aktionen eine Regelung getroffen wird, die nicht zu einer Belastung des Verhältnisses zwischen der betroffenen Bevölkerung und den Ordnungsbehörden führt, und wie wird die Bundesregierung gewährleisten, daß in intensiver internationaler Zusammenarbeit die behördlichen Maßnahmen abgestimmt werden?
26. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß das Problem der Einleitung von Kaliendlaugen seitens der DDR in die Werra und die daraus resultierende Verschmutzung der Werra und Weser durch Verhandlungen mit der DDR gelöst werden muß, und daß eine Lösung auf Kosten der Bundesrepublik, insbesondere in Form einer Einleitung dieser Abwässer in die Nordsee, nicht infrage kommen kann, und wenn ja, wird sich die Bundesregierung entsprechend verhalten?
27. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)	Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegebenenfalls aus der von Ministerpräsident Dr. Vogel bekundeten Bereitschaft zur Bildung einer Bundespolizei ziehen?
28. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Vorschlag des belgischen Premierministers Tindemanns zu folgen und sich im Rahmen der Europäischen Union an der Errichtung einer gemeinsamen Kontrollbehörde für Kernkraftwerke nach dem Vorbild der „Nuclear Regulatory Commission“ in den USA zu beteiligen?
29. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Durch welche organisatorischen Maßnahmen will die Bundesregierung die Kontrollvorgänge für den Bau und den Betrieb von Kernkraftwerken vereinheitlichen und beschleunigen?

30. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Hinweise darauf, daß die Reise von Teilnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland zum kommunistischen Weltkongreß der Friedenskräfte im Herbst 1973 in Moskau direkt oder indirekt aus Mitteln des Bundeshaushalts finanziell gefördert wurde, und um welche Teilnehmer und Organisationen handelt es sich gegebenenfalls dabei?

31. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

An welchen Standorten sind in der DDR Atomkraftwerke errichtet worden bzw. nach den Erkenntnissen der Bundesrepublik Deutschland für die Zukunft geplant, und wo sind die entsprechenden Atommülldeponien eingerichtet bzw. sollen eingerichtet werden?

32. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Gemeinden und Einwohner im Einzugsgebiet des Flugplatzes Büchel (Eifel) vom Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm und den entsprechenden Durchführungsverordnungen betroffen werden, und welche Auswirkungen finanzieller Art das genannte Gesetz und die Verordnungen in den Lärmschutzbereichen I und II (getrennt) auf die Wohnungen, die umgebaut werden müssen, haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

33. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Gibt es internationale Vereinbarungen über die Regelung der Schäden beim Flüssiggastransport, wie wird dies im einzelnen geregelt, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls für den Abschluß derartiger Vereinbarungen Sorge tragen?

34. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Trifft es zu, daß es – wie im „Zeit-Magazin" Nr. 41/1977 Seite 32 dargestellt – bei sogenannter „Reise-Kriminalität" dann nicht zu wirksamen Ermittlungen kommen kann, wenn eine Serie von Straftaten von verschiedenen Ermittlungsstellen ohne Erfassung des Zusammenhangs untersucht werden muß, oder wenn nicht feststellbar ist, in welchem Zuständigkeitsbereich eine bekannt gewordene Straftat begangen wurde, und sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, auf eine Änderung dieses Mißstandes – etwa durch eine Änderung der Strafprozeßordnung – hinzuwirken?

35. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu (Weltbild 10. Oktober 1977), wonach die Bundesregierung entgegen allen bisher abgegebenen Dementis die Absicht habe, den rechtskräftig verurteilten Spion Guillaume zu einem geeigneten Zeitpunkt mit der DDR auszutauschen, zu dem dies ohne öffentliches Aufsehen geschehen könne, oder hat sich die Bundesregierung der DDR gegenüber so eindeutig auf die Ablehnung jedes etwaigen künftigen Austausch-Gesuchs festgelegt, daß sie davon ohne Verlust ihrer Glaubwürdigkeit nicht mehr abrücken könnte?

36. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemitteilungen zu (Weltbild 10. Oktober 1977), wonach die Bundesregierung entgegen anderslautenden Stellungnahmen kurz nach der Aufdeckung des Spionagefalles Guillaume ein Angebot von DDR-Seite erhalten habe, Guillaume gegen eine Anzahl von Häftlingen in DDR-Zuchthäusern auszutauschen, die größtenteils zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt gewesen seien?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

37. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Eingaben verschiedener Verbände (u. a. Bund der Diplom-Inhaber der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie e. V.) und Verband Deutscher Betriebswirte e. V.) bezüglich einer Änderung des § 36 des Steuerberatungsgesetzes, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu tun?

38. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode eine Novellierung des Berlinförderungsgesetzes in die Wege leiten wie die Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeitspolitik der Berliner SPD – in den unter Punkt 17 und 18 veröffentlichten Thesen in der Berliner Stimme – vom 1. Oktober 1977 gefordert hat?

39. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Familienangehörigen von Schwerbehinderten einen analogen Steuerfreibetrag wie bei der Beschäftigung einer notwendigen Hilfskraft einzuräumen?

40. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an den Vorschlägen von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff fest, die gleichzeitige Förderung durch das 3. VermBG und das WoPG bzw. das SparPG zu beseitigen?

41. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die möglichen Einsparungen durch eine derartige Gesetzesänderung, und wie setzen sich diese zusammen?

42. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Sollen die so eingesparten Mittel voll zu Vermögensbildungsmaßnahmen wieder eingesetzt werden, und wenn ja, wie sollen diese aussehen?

43. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine erhöhte Mittelbereitstellung zur Förderung der Vermögensbildung für geboten, und wenn ja, welche Maßnahmen hält sie für vorrangig?

44. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Welche seit 1969 verabschiedeten steuerlichen Vorschriften wurden ganz oder teilweise vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, welche tragenden Gründe hat das Bundesverfassungsgericht hierfür jeweils angegeben, und wie hat die Bundesregierung dafür Sorge getragen, daß den Beanstandungen des Bundesverfassungsgerichts Rechnung getragen wurde?

45. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Welche Beanstandungen des Bundesverfassungsgerichts bestehen noch, ohne daß die Bundesregierung oder der Gesetzgeber von sich aus gesetzgeberische Maßnahmen zur Beseitigung des vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig oder nicht verfassungskonform bezeichneten Zustandes herbeigeführt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

46. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im ersten Halbjahr 1977 um 60 Millionen DM (= 8,7 Prozent) rückläufige deutsche Polenausfuhr?

47. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu (Münchner Merkur 10./11. September 1977), denenzufolge in Griechenland produzierte deutsche Waffen zum Export in andere Länder freigegeben werden, und um welche einzelnen Länder handelt es sich gegebenenfalls hierbei?

48. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Treffen Pressemitteilungen (u. a. Bremer Morgenpost vom 1. Oktober 1977) über Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner, beim Flugzeugkonzern VFW-Fokker müßten rund 1 200 Mitarbeiter bei der Produktion des Kurzstreckenjets VFW 614 eingespart werden, zu?

49. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Ist in diesem Zusammenhang auch von der notwendigen Schließung des VFW-Fokker-Werks in Speyer gesprochen worden?

50. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Wird die Bundesregierung die jetzt erhobene Forderung des Gewerkschaftstags der Gewerkschaft Holz und Kunststoff aufgreifen, eine staatliche Prüfstelle zu errichten, die unter Beteiligung einer drittelparitätisch besetzten Kommission von Vertretern aus Betriebsrat, Gewerkschaft und Arbeitsverwaltung überprüfen soll, ob Unternehmen, die Konkurs angemeldet haben, weitergeführt werden können, und wäre die Bundesregierung gemäß einer weiteren Forderung des Gewerkschaftstags bereit, bei positivem Ergebnis dieser Prüfung die Konkursmasse aus ihren Mitteln zur Arbeitsplatzbeschaffung zu übernehmen und einer Auffanggesellschaft zu übertragen, um so eine Weiterführung des Betriebs und vor allem eine Erhaltung der betroffenen Arbeitsplätze zu erreichen?

51. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen ergeben sich für die energiepolitischen Prognosen der Bundesregierung, wenn die Umrechnung des Kernenergiestroms in Millionen Tonnen SKE nicht mit der üblichen Methode des Vergleichs mit dem jeweiligen spezifischen Brennstoffverbrauch der öffentlichen Wärmekraftwerke geschieht, sondern unter Berücksichtigung des viel geringeren Wirkungsgrads für Kernkraftwerke, und wie macht sich dies zahlenmäßig bei den Angaben in den „Eckwerten für ein neues Energieprogramm" bemerkbar?

52. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird bei der heute üblichen Methode in den Planungen bis zum Jahr 2000 der Beitrag der Kernenergie, ausgedrückt in Millionen Tonnen SKE Primärenergie, unterschätzt, im Vergleich zu einer Bewertung des Kernenergiestroms in Millionen Tonnen SKE unter Berücksichtigung des geringeren Wirkungsgrads der Kernkraftwerke, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

53. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wird die Bundesregierung die von seiten einzelner Energieversorgungsunternehmen erhobene Forderung (Energiewirtschaftliche Tagesfragen 1977, S. 490) aufgreifen, daß bei den Produktinformationen zum Energieverbrauch von Elektrogeräten neben dem tatsächlichen Verbrauch auch die in den Normen festgelegten Mindestanforderungen aufgenommen werden, damit eine einfache und schnelle Auswahl der Geräte mit geringem spezifischen Strombedarf ermöglicht wird?

54. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Welche sachlichen Gründe sprechen für eine Kopplung der Errichtungsgenehmigung neuer Kraftwerke an die erste Teilerrichtungsgenehmigung eines Entsorgungszentrums, wenn genügend Lagerkapazität für abgebrannte Brennelemente zur Verfügung steht?

55. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Welche Lagerkapazitäten für abgebrannte Brennelemente – sei es beim Kraftwerk oder in Zwischenlagern – müssen geschaffen werden, um eine Kernkraftwerkskapazität von 30 000 MW im Jahre 1985 und 45 000 MW im Jahre 1990 durch Zwischenlagerung von Brennelementen zu entsorgen?

56. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß erst für etwa 80 der rund 600 Ausbildungsberufe Berufsausbildungsordnungen erlassen worden sind, und bis wann ist bejahendenfalls damit zu rechnen, daß für alle Ausbildungsberufe zeitgemäße Berufsausbildungsordnungen erlassen werden?

57. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß das durch das Zonenrandförderungsgesetz vom 5. August 1971 (BGBl. I S. 1237) gesetzte Ziel, die Förderung des Zonenrandgebietes durch Bevorzugung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge besonderen Vorrang einzuräumen, in der Praxis nicht oder nur unvollkommen erreicht wird, weil § 4 der Richtlinien für die bevorzugte Berücksichtigung von Personen und Unternehmen aus dem Zonenrandgebiet und aus Berlin (West) bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Bundesanzeiger Nr. 152 vom 20. August 1975) nur eine Kann-Vorschrift enthält, und ist die Bundesregierung auf Grund dieser Erkenntnis bereit, § 4 der vorgenannten Richtlinie im Sinne des Zonenrandförderungsgesetzes so zu ändern, daß Unternehmen aus dem Zonenrandgebiet bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bessere Chancen erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

58. Abgeordneter **Vogt (Düren)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Prozentsatz des Obstes, das innerhalb der EG seit 1967 für die in der Marktordnung Obst und Gemüse vorgesehenen Verwendungszwecke tatsächlich verwendet wurde, und wie hoch ist der Prozentsatz des Obstes, das aus verschiedenen Gründen vernichtet werden mußte?

59. Abgeordneter **Vogt (Düren)** (CDU/CSU)

Wie teilen sich die in der Marktordnung Obst und Gemüse vorgesehenen Verwendungszwecke in dem Zeitraum ab 1967 prozentual auf in kostenlose Verteilung an Altersheime, Waisenhäuser, Kinderheime und ähnliche gemeinnützige Einrichtungen, kostenlose Verteilung an Schulkinder als Pausenäpfel, Verarbeitung und anschließende kostenlose Verteilung der Erzeugnisse an die vorgenannten gemeinnützigen Einrichtungen bzw. Destillation zu Alkohol und Verfütterung?

60. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den immer massiveren Einsatz chemischer Unkrautvernichtungsmittel in der Landwirtschaft, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung dagegen ergreifen, zumal eine neuere Untersuchung ergeben hat, daß die Unkrautvernichtungsmittel auch eine Dezimierung des Wildbestands zur Folge haben?

61. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß 1976 durch die Einführung einer Sonderbeihilfe für die Rücklieferung flüssiger Magermilch in den von der Trokkenheit besonders betroffenen Gebieten eine verstärkte Rücklieferung erfolgt ist, daß jedoch die Überleitung der Sonderbeihilfe in eine allgemeine Beihilfeaktion auf der Grundlage von Lieferverträgen wegen des komplizierten Papierkriegs dazu geführt hat, daß die Magermilchrücklieferung wieder zurückgeht, und ist die Bundesregierung bereit, bei der Kommission in Brüssel darauf hinzuwirken, daß Molkereibetriebe, die ausschließlich dicksaure Magermilch rückliefern, vom Abschluß von Lieferverträgen befreit werden, weil ein Mißbrauch mit dicksaurer Milch weitgehend ausgeschlossen wäre?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

62. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung gesetzgeberische Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu ziehen, das § 117 des Arbeitsförderungsgesetzes teilweise für verfassungswidrig erklärt hat?

63. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Regelung, die Arbeitslosen, die auf Grund der verfassungswidrigen Bestimmungen zu Unrecht vom Bezug des Arbeitslosengelds ausgeschlossen werden, rückwirkend zu ihren Ansprüchen verhilft?

64. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Wie hoch sind derzeit die Höchstgrenzen des Jahresarbeitsverdienstes bei den einzelnen Berufsgenossenschaften, und beabsichtigt die Bundesregierung, diese Höchstgrenzen zu dynamisieren?

65. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, § 1262 RVO (§ 39 AVG) dahin gehend zu ändern, daß nach Absatz 1 Satz 2 die Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung auf den Kinderzuschuß angerechnet wird, wenn der Kinderzuschuß höher liegt als die Kinderzulage aus der gesetzlichen Unfallversicherung?

66. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung mit den Ersatzkassen darin überein, daß die Regelung des § 368 p Abs. 8 RVO nur für den Bereich der RVO-Kassen Rechtsgültigkeit hat, und wenn nein, wie wird die Bundesregierung ihrer abweichenden Auffassung Geltung verschaffen?

67. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesausschuß Ärzte/Krankenkassen den Bundesarbeitsminister schriftlich um Auskunft darüber gebeten hat, was nach § 368 p Abs. 8 RVO unter „geringfügigen Gesundheitsstörungen" zu verstehen sei, und daß das Bundesministerium dieser Bitte nicht entsprochen hat?

68. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß dem Bundesausschuß Ärzte/Krankenkassen ein Entwurf vorliegt, nach dem gemäß § 368 p Abs. 8 RVO künftig u. a. Geriatrika, Abführmittel, Mund- und Rachendesinfizientien, Fermentpräparate, Tagessedativa, Tranquillantien, Analgetika, Schnupfenmittel, Hustenblocker, Grippemittel und homöopathische Kombinationspräparate von der Erstattung durch die gesetzliche Krankenversicherung ausgenommen werden sollen, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Vorhaben aus gesundheits- und sozialpolitischer Sicht?

69. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Medikamente gegen sogenannte geringfügige Gesundheitsstörungen besonders häufig gerade von Rentnern benötigt werden, und auf welche Weise will die Bundesregierung verhindern, daß die vorgesehene Herausnahme solcher Präparate aus der Erstattungspflicht diesen Versichertenkreis besonders trifft, der nach den Plänen der Koalition zudem noch künftig mit einem besonderen Rentnerkrankenversicherungsbeitrag belastet werden soll?

70. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß Bürger, für die ärztliche Gutachten wesentliche Lebensbedingungen – wie z. B. Höhe und Zeitpunkt von Rentenbezügen, Prozentsatz anerkannter Schwerbehinderung, Höhe und Möglichkeit von Pflegegeld – beeinflussen, mit der jeweils darauf beruhenden Entscheidung über ihre Anträge meist keine Ausfertigung der Gutachten erhalten, und daß die Gutachten in einer für den medizinischen Laien nicht verständlichen Sprache abgefaßt sind, und gegebenenfalls welche gesetzgeberischen und sonstigen Möglichkeiten sieht sie im Kompetenzbereich des Bundes, um dies zu ändern?

71. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, das Sonderprogramm zur Überwindung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter, das vom 1. November 1976 bis zum 31. August 1977 lief und im Rahmen dessen mit den zur Verfügung stehenden 100 Millionen DM der Anstieg der Arbeitslosigkeit dieser Personengruppe deutlich gebremst werden konnte, fortzuführen?

72. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob es Betriebe gibt, die fristgerecht Anträge im Rahmen dieses Sonderprogramms stellten, aber auf Grund der Verausgabung der Mittel nicht mehr berücksichtigt werden konnten?

73. Abgeordneter **Sybertz** (SPD)

Trifft es zu, daß die türkische Regierung sich z. Z. bemüht, die von türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland gezahlten Beiträge zur Rentenversicherung in die Türkei transferieren zu lassen, und soll die türkische Sozialversicherungsanstalt später die Rentenzahlung für diese Arbeiter übernehmen?

74. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Daten oder auf den bisherigen Ergebnissen beruhende Vorausschätzungen über die Höhe der Einsparungen bei den gesetzlichen Krankenversicherungen auf Grund des Kostendämpfungsgesetzes vor?

75. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Angaben bekannt, die der geschäftsführende Direktor des Bundesverbands der Ortskrankenkassen, Hans Töns, auf der Jahrestagung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler über die Höhe der Einsparungen bei den gesetzlichen Krankenversicherungen auf Grund des Kostendämpfungsgesetzes machte, und wenn ja, kann die Bundesregierung diese Angaben bestätigen?

76. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, darauf hinzuwirken, daß Fachkliniken zur Behandlung von suchtgefährdeten Menschen auch mit überregionaler Bedeutung von den Krankenkassen im Sinne ihrer Leistungsverpflichtungen anerkannt werden?

77. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die in dem von der Bundesanstalt für Arbeit herausgegebenen ABI-Berufswahlmagazin Nr. 2/77, S. 15 gegebene Darstellung: ‚Wieviel wirklich am Slogan von der „roten Kaderschmiede" dran ist, zeigt das Urteil einiger auswärtiger Professoren, . . sie zeigten sich sehr beeindruckt vom Wissen und Können der Studenten. Dabei ist es keineswegs so, daß die Naturwissenschaftler nur auf Formeln getrimmt werden . . Ähnlich ist es auch bei den Mathematikern und Biologen: Etwas weniger theoretisches Grundlagenwissen, dafür vermehrt Anwendungswissen – freilich kein unkritisches. Aber gerade deswegen könnte in fünf Jahren ein Diplom Marke Bremen mehr wert sein als ein Doktor einer alten deutschen Eliteuniversität', die von den erwähnten Professoren als unzutreffend und ihren Eindrücken nicht entsprechend bezeichnet wurde, die Tatsachen verfälscht?

78. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Wie ist es gegebenenfalls nach Ansicht der Bundesregierung zu dieser verfälschenden Darstellung zugunsten der Universität Bremen im Berufswahlmagazin der Bundesanstalt für Arbeit gekommen, und was hat die Bundesregierung veranlaßt, um diese Darstellung richtigzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

79. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Welche Auswirkungen hätte nach Ansicht der Bundesregierung die Ratifikation des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen vom 12. August 1949, in dessen Artikel 56 die Vertragsparteien sich verpflichten, Kernkraftwerke unter kriegsvölkerrechtlichen Schutz zu stellen und nach Möglichkeit keine militärischen Objekte in deren Umgebung zu errichten, auf den Militärflugplatz Bremgarten, der in unmittelbarer Nähe des französischen Kernkraftwerks Fessenheim liegt?

80. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über das Soldaten- und Reservistenkomitee Wiesbaden (SRKW) vor, und was gedenkt sie gegen das von diesem Komitee herausgegebene Flugblatt zu

unternehmen, in dem die Fahndung nach den Schleyer-Entführern als „Terror gegen das Volk", Dr. Schleyer als „Erzverbrecher" und Bundesminister Dr. Ehrenberg als „Schreibtischmörder" bezeichnet werden?

81. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Treffen Pressemeldungen der chilenischen Tageszeitung „3 ra de la hora" vom 15. September 1977 zu, daß anläßlich der Verabschiedung des deutschen Militärattaches in Chile, Oberst Gerd Mathes, und im Beisein des Botschaftsvertreters, Herrn Dr. von Hassel, Oberst Mathes einen chilenischen Verdienstorden erhalten hat und dabei erklärte, daß die Verdienste der chilenischen Regierung von verschiedenen Ländern aus Unverständnis und Vorurteilen angegriffen und beleidigt werden, und daß es wichtig sei, vor allem in einer Welt, die nach links abdrifte, eine Militärregierung zu haben, die dieser Entwicklung entgegenstehe, und wenn ja, wie verträgt sich diese Aussage mit der offiziellen Politik der Bundesregierung?

82. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Wenn die Berichte zutreffen, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung gegenüber Oberst Mathes ziehen?

83. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Welche Alternativstandorte zu der von der Bundeswehr geplanten Standortschießanlage in Landsberg a. Lech hat die Bundesregierung im einzelnen geprüft, und aus welchen spezifischen militärfachlichen und sicherheitstechnischen Gründen haben sich diese Alternativstandorte nach Auffassung der Bundesregierung als „auch nicht annähernd geeignet" erwiesen?

84. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Sind dem Bundesverteidigungsminister immer häufiger auftretende Behinderungen der Arbeit von Personalräten im Bereich der Bundeswehrverwaltung bekannt, und wenn ja, was gedenkt er zu unternehmen, um dieses zu unterbinden?

85. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Welche Konsequenzen gedenkt der Bundesverteidigungsminister aus dem Gerichtsurteil zu ziehen, wonach die Einberufung eines wehrpflichtigen Arbeitslosen dann unzulässig ist, wenn ihm ein Arbeitsplatz in Aussicht gestellt ist?

86. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Kritik (so ÖTV-Wehrreport 9/1977) an der Neuordnung des Kantinenwesens der Bundeswehr, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

87. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Trifft es in diesem Zusammenhang zu, daß Mitglieder im Bereich der Heimbetriebsgesellschaft, die Pächter sind, Tagegelder von 90 DM und zusätzliche Leistungen (Versicherungen) erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

88. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch, der darin zum Ausdruck kommt, daß sie in der Antwort auf meine Fragen Nummer 91 und 92 (Drucksache 8/285) betreffend den sog. Halbie-

rungserlaß vom 5. September 1942 erklärt hat, „Zwischen dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung besteht Einigkeit über die Aufhebung des Halbierungserlasses", während der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung in einem Schreiben vom 12. Mai 1977 – Dr. Wanner VB 3 4196 Jensen 77 – mitgeteilt hat, „Es ist gegenwärtig nicht beabsichtigt, den sog. Halbierungserlaß aufzuheben."?

89. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Steht die Bundesregierung nach wie vor zu ihrer Auffassung, wie sie in der Beantwortung meiner Fragen Nummer 91 und 92 (Drucksache 8/285) zum Ausdruck kommt, „Es ist aber nicht zu übersehen, daß die Tatsache der rechtlichen Fortgeltung des Halbierungserlasses und der Inhalt eines Teils der recht unterschiedlichen Ersatzvereinbarungen die vollständige Gleichstellung der psychisch Kranken mit den somatisch Kranken behindern."?

90. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen, daß übereinstimmend aus dem gesamten Bereich der Psychiatrie die Aufhebung des Halbierungserlasses seit langem gefordert wird, um die völlige Gleichstellung von psychisch Kranken mit somatisch Kranken zu erreichen, ein Ziel, für das sich auch die Bundesregierung wiederholt ausgesprochen hat?

91. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung versucht, über die EG im Rahmen der Verhandlungen zwischen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Portugiesischen Republik über das Zusatzprotokoll vom 20. September 1976, dem Anspruch der fränkischen Weinbauer auf Schutz der fränkischen Bocksbeutelflasche Geltung zu verschaffen?

92. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Welchen Erfolg hat die Bundesregierung dabei bejahendenfalls erreicht?

93. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Hat sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung die Anzahl der Kommunisten im Bundesvorstand der Naturfreunde-Jugend Deutschlands (NFJD) gegenüber den Ausführungen im Verfassungsschutzbericht 1976 durch die Vorstandswahlen der NFJD im Juni 1977 erhöht, und wie viele Kommunisten gehören seither dem Bundesvorstand an?

94. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung angesichts der kommunistischen Durchdringung des Bundesvorstands der NFJD weiterhin für vertretbar, der NFJD Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen?

95. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung angesichts der kommunistischen Durchdringung des Bundesvorstands der NFJD für vertretbar, der NFJD die steuerliche Gemeinnützigkeit zuzuerkennen, nach welcher Spenden an die NFJD steuerlich absetzbar sind, und wenn nein, wird sie dieser Auffassung Geltung verschaffen?

96. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die NFJD nicht mehr die Voraussetzungen des § 9 des Jugendwohlfahrtsschutzgesetzes erfüllt, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung bejahendenfalls dagegen zu ergreifen?

97. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Ist die Bundesregierung angesichts wiederholter Feuerunfälle bereit, eventuell über Informationsarbeit, Empfehlungen oder Richtlinien (z. B. Kennzeichnungspflichten) geeignete Vorsorge dafür zu treffen, daß bei der Herstellung bzw. beim Verkauf von Bekleidungs-, Gardinen-, Polsterstoffen, Kunstfasergeweben und dergleichen dem Verbraucher Hinweise über die Entflammbarkeit dieser Materialien gegeben werden?

98. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Könnte ein entsprechender Verbraucherschutz gegebenenfalls auf besonders leichtentzündliche Stoffe der oben genannten Art beschränkt werden, und ist zumindest in der Praxis zur Zeit eine ausreichende Materialüberprüfung bzw. -kontrolle hinsichtlich der Feuergefährlichkeit sowohl bei heimischer als auch bei importierter Ware gewährleistet, beispielsweise über DIN-Normen?

99. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung Untersuchungsergebnisse des Instituts für medizinische Virologie und Immunologie in Essen, wonach zur Erreichung eines wirksamen Schutzes gegen Grippe nicht jedes Jahr, sondern nur alle drei Jahre geimpft zu werden braucht, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, durch entsprechende Aufklärung Überimpfungen vermeiden zu helfen und auf diese Weise einen Beitrag zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen zu leisten?

100. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche Ursachen nimmt die Bundesregierung für den Rückgang des Angebots an ambulanten Pflegediensten in der Zeit von 1970 bis 1975 an, wie er in dem Bericht des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Antje Huber, bei der 50. Arbeits- und Sozialministerkonferenz in Ludwigsburg mitgeteilt wurde, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Beseitigung dieses großen Defizits an ambulanten Pflegediensten zu ergreifen?

101. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Schließt sich die Bundesregierung der Aussage der deutschen Rheuma-Liga an, daß jährlich rund 600 000 Menschen wegen Erkrankung des Bewegungsapparates arbeitsunfähig, 20 000 Berufstätige Frührentner werden, und daß jährlich in der Bundesrepublik ca. 50 Millionen Arbeitstage durch solche Erkrankungen ausfallen, und wenn ja, sieht sie durch eine stärkere Förderung einer fachlich qualifizierten Präventivbehandlung die Möglichkeit, einer weiteren Krankheitsentwicklung zu begegnen, indem sie auch die Einführung des Fachgebietes Rheumatologie empfiehlt und fördert?

102. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, wieviele Beratungsstellen für suchtgefährdete Menschen es in der Bundesrepublik Deutschland gibt, und inwieweit ist die Bundesregierung dazu bereit, möglicherweise in Modellvorhaben, das Netz der Beratungsstellen entsprechend dem Ansteigen der Rauschgiftverfahren auch im ländlichen Raum engmaschiger zu gestalten?

103. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich der Malteserhilfsdienst gezwungen sah, auf Grund der gekürzten Finanzmittel des Bundes seine Bundesschule für die Schwesternhelferinnen-Ausbildung in Bockum-Hövel zu schließen, und ist der Bundesregierung bekannt, ob weitere vergleichbare Ausbildungszentren auf Grund von Mittelkürzungen aufgegeben werden mußten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

104. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Rheinbrücke Voerde-Rheinberg der geplanten Bundesautobahn A 40 (Lippeschnellweg) gebaut werden soll, und wenn ja, wann ist mit Beginn und Fertigstellung dieser Rheinbrücke zu rechnen, und übernimmt der Bund auf Vorschlag des Landes Nordrhein-Westfalen die Baulastträgerschaft für diese geplante Autobahn?

105. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Wann ist im Rahmen des Ausbaus der Weststrecke des Mittellandkanals unter Berücksichtigung des Haushaltsansatzes für 1978 mit Ausbaubeginn und Ausbauende des Osnabrücker Zweigkanals zu rechnen, und wie stehen diese Zeitangaben zur ursprünglichen Planung?

106. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Bemühungen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in bezug auf ein Gemeinschaftskontingent für den Güterkraftverkehr zwischen den Mitgliedstaaten angesichts der Tatsache, daß nach ca. zehn Jahren seit der Einführung dieses Systems – „probeweise für eine Dauer von drei Jahren“ – noch immer keine endgültige Regelung erfolgt ist?

107. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Ist die Sicherheit von Flüssiggastransportschiffen insbesondere gegen terroristische Angriffe ausreichend gewährleistet, und wenn nein, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

108. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß auf der Bundesautobahn von Frankfurt in Richtung Hannover Berlin als Zielstadt bis zum Abzweig Seesen Richtung Braunschweig–Berlin nicht ausgeschildert ist, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, dies zu ändern, damit Berlin wie jede andere Zielstadt auf den Hinweisschildern genannt wird?

109. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Phosphattransporte der Deutschen Bundesbahn von Hamburg über Lüneburg in die DDR, in die Tschechoslowakei und nach Ungarn in offenen Güterwaggons vorgenommen werden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um die Deutsche Bundesbahn zum Einsatz von Spezialwagen für solche Transporte zu bewegen, um die entsprechende Umweltverschmutzung zu verhindern?

110. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die gegenwärtige und künftige Situation der Auszubildenden im Bereich der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost dar, in welchem Umfang sind diese Betriebsverwaltungen in der Lage, die Auszubildenden nach Beendigung ihrer Lehrzeit auf Dauer in ihren Dienst zu übernehmen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Entlassung der Auszubildenden nach Beendigung ihrer Lehrzeit hinauszuschieben, um ihnen entweder den beruflichen Wechsel in andere Betriebe oder den nahtlosen Übergang zur Ableistung des Grundwehrdienstes zu erleichtern?

111. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Wie stellt sich das Nutzen-Kosten-Verhältnis unter Berücksichtigung des Ausbaustandards für die Main-Donau-Verbindung dar?

112. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Will die Bundesregierung die Festlegung der Höchstwerte für den Lärmschutz beim Straßenbau entsprechend früheren Aussagen durch Erlaß einer Rechtsverordnung zum Immissionsschutzgesetz oder durch Einbringung eines Gesetzentwurfs erreichen, und bis wann ist mit dieser im Hinblick auf zahlreiche Straßenbauplanungen höchst dringlichen Festlegung der Lärmschutzwerte zu rechnen?

113. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Pläne der Deutschen Bundesbahn, künftig Schnell- und D-Züge nicht mehr auf dem Bahnhof Hamburg-Harburg halten zu lassen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, auf die zuständigen Stellen der Bundesbahn einzuwirken, um nachteilige Auswirkungen für den Raum Harburg und das Umland (Stade, Buxtehude, Winsen, Buchholz) zu vermeiden?

114. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Zeittaktgebieten der Deutschen Bundespost die Anrufe bei der Telefonseelsorge um ein Drittel zurückgegangen sind, und welche Möglichkeiten sieht die Deutsche Bundespost, in den Zeittaktgebieten Anrufe bei der Telefonseelsorge unentgeltlich zu ermöglichen?

115. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Wieweit ist die Behandlung einer gesetzlichen Lösung des Problems des Störungen des Fernsehempfangs durch Bauobjekte gediehen, die in der Antwort auf die Fragen (A 136 und A 137, Plenarprotokoll der 15. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. März 1977, Seite 777) geschildert sind?

116. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Wann ist mit einer Lösung dieses Problems in Form einer gesetzlichen Grundlage zu rechnen?

117. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Trifft ein Pressebericht (Münchner Merkur vom 4. Oktober 1977) zu, wonach in der Region München die Telegrammzustellung an Wochenenden nicht gesichert ist, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, diesem Zustand abzuhelfen?

118. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß das Fernsprechnetz in der Bundesrepublik Deutschland in den günstigen Tarifzeiten, insbesondere an Sonntagen, hoffnungslos überlastet ist, und daß der Versuch, an Sonntagen Fernverbindungen herzustellen, einen oft stundenlangen Aufwand erfordert?

119. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, durch eine mit erheblichen Mitteln finanzierte Werbekampagne unter dem Stichwort „Ruf doch mal an!" zu einer weiteren Überlastung des Fernsprechnetzes und zu einer weiteren Vergrößerung des Zeitaufwands für die erfolgreiche Herstellung einer Fernverbindung beizutragen, und welche konkreten Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß die technischen Voraussetzungen für Ferngespräche von der Deutschen Bundespost so verbessert werden, daß die Werbung für mehr Ferngespräche nicht als unwahrhaftig empfunden wird und das Ansehen der Deutschen Bundespost und des Staates nicht durch die Widersprüchlichkeit dieser Situation Schaden nimmt?

120. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Auf welcher Rechtsgrundlage und seit wann hat das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen eine indirekte Telegrammgebührenerhöhung dadurch erreicht, daß ein Wort mit mehr als zehn Buchstaben für zwei Wörter gerechnet wird, und auf welche Weise wurde die Öffentlichkeit auf diese Neuerung aufmerksam gemacht?

121. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Treffen Vermutungen zu, daß der Fernmeldebaubezirk Lübbecke (i. Westf.) aufgelöst werden soll, wenn ja, aus welchen Gründen soll dies geschehen?

122. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Wird bei einer Auflösung dafür Sorge getragen, daß dem betroffenen Personenkreis weiterhin personalbezogene Leistungen (keine Dienstortverlegung) garantiert werden?

123. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die künftigen Fernsprechnahbereiche auch über die Bundesgrenze in das Gebiet der europäischen Nachbarstaaten, insbesondere der Mitgliedstaaten der europäischen Gemeinschaft, auszudehnen, um dadurch die Kommunikation zwischen den europäischen Nachbarstaaten zu fördern und die Standortnachteile in den Grenzgebieten der Bundesrepublik Deutschland zu verringern?

124. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wieviele in der Bundesrepublik Deutschland eingelieferte eingeschriebene Postsendungen sind im vergangenen Jahr verloren gegangen, wie hoch sind die dafür den Absendern erstatteten Beträge, und beabsichtigt die Deutsche Bundespost eine Erhöhung der Erstattung für verlorengegangene Sendungen dieser Art?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

125. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Mittel aus dem zur Zeit in Arbeit befindlichen Programm, durch das energiesparende und wärmeisolierende Maßnahmen an Wohngebäuden gefördert werden sollen, wiederum im „Windhundverfahren" zu verteilen?

126. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Wenn nicht, wie ist die Verteilung der Mittel gedacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

127. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welcher zeitliche Druck existiert nach Ansicht der Bundesregierung für den Bau des Entsorgungszentrums, wenn genügend Lagerkapazitäten für abgebrannte Brennelemente in der Bundesrepublik Deutschland bereitgestellt werden?

128. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Bedarf an elektrischer Energie bis 1990 in der Bundesrepublik Deutschland, und wie soll dieser im einzelnen gedeckt werden?

129. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Wie soll die notwendige Kraftwerkskapazität im Jahr 1985 von ca. 115 000 MW im Vergleich zu 82 000 MW im Jahr 1976 bereitgestellt werden, wenn keine neuen Kernkraftwerke gebaut werden?

130. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wieviel Kernkraftwerke weltweit im Jahre 1977 in Betrieb waren und wie das Entsorgungsproblem bei diesen Kernkraftwerken – sei es bei westlichen oder östlichen Industrieländern – im einzelnen geregelt wird, und wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse und welche Kapazität haben die ausländischen Kernkraftwerke im Vergleich zur deutschen Kernkraftwerkskapazität?

131. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß das Auslaufen von radioaktivem Kerosin in der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe erst zweieinhalb Wochen nach dem Unfall bekannt geworden ist, und sieht die Bundesregierung in dieser Tatsache eine Erschwerung des notwendigen offenen und öffentlichen Dialogs über Risiken und Nutzen der Kernenergie?

132. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Kann die Bundesregierung sicherstellen, daß ein ähnlicher Unfall in der Bundesrepublik Deutschland auszuschließen ist, wie er sich vor einigen Tagen in den USA im Bundesstaat Colorado ereignete, wo bei einem Unfall eines Transportfahrzeuges 38 Fässer (6,8 t) mit radioaktivem Uranoxyd platzten und eine Fläche von 450 qm verseuchten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

133.	Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)	Wie weit ist die Planung für das deutsch-französische Hochschulinstitut für Technologie in Saargemünd gediehen?
134.	Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)	Welche Kosten entstehen bei der Verwirklichung dieses Projekts, und wie sollen die erforderlichen Mittel aufgebracht werden?
135.	Abgeordneter **Zeyer** (CDU/CSU)	Hält es die Bundesregierung für möglich, daß das deutsch-französische Hochschulinstitut demnächst probeweise mit einem einjährigen Aufbaustudium beginnt?
136.	Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Inwieweit ist an den deutschen medizinischen Fakultäten in Analogie zum Arzneimittelgesetz die Gleichberechtigung aller im Arzneimittelgesetz berücksichtigten therapeutischen Richtungen konkret gewährleistet, d. h. wieviele Hochschullehrer konnten sich in den letzten Jahren mit Denkanstößen dieser Richtungen wie z. B. Pharmakologen oder Kliniker mit homöopathischen Themen habilitieren?
137.	Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung die vom Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte gestellte Forderung aufgreifen, ein Wirtschaftsvolontariat in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit und den Instituten der Privatwirtschaft bzw. den Tarifpartnern zur Verbesserung der Berufschancen von Wirtschaftswissenschaftlern einzuführen?
138.	Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt bzw. verfügt sie über Unterlagen, in welchem Umfang das Angebot an Wirtschaftswissenschaftlern den Bedarf in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen – in der privaten Wirtschaft, im öffentlichen Dienst (Wirtschaftsreferendare, Angestellte und Beamte), in Kammern und Verbänden, bei internationalen Institutionen und in sonstigen Tätigkeitsbereichen – in den nächsten zehn Jahren übersteigt, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung im Falle eines Angebotsüberhanges, die berufliche Eingliederung der überzählig ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftler zu unterstützen?
139.	Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um zu einer besseren Übereinstimmung zwischen den laut Studienplänen vorgesehenen und den tatsächlichen Studienzeiten zu gelangen?
140.	Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, zur Verbesserung der Ausbildung und beruflichen Situation von Wirtschaftswissenschaftlern ein Forschungsprogramm zur besseren Koordinierung der Studieninhalte bzw. -abschlüsse mit den Erfordernissen der Praxis, ein Programm zur Berufsraumforschung für Wirtschaftswissenschaftler, das alle derzeitigen und künftigen Aufgabengebiete von Absolventen dieser Disziplin transparenter machen soll sowie laufende Publikationen mit Orientierungshilfen zur besseren Information von Abiturienten und Studenten des Fachs über das Berufsleben der ausgebildeten Wirtschaftswissenschaftler finanziell zu fördern?

141. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen anstatt selbst für eine sachgerechte Ortszuweisung von Studienplätzen zu sorgen, Anfragende an den Ring Christlich Demokratischer Studenten verweist zwecks Erhaltung eines Studienplatzes, und wie wird gegebenenfalls diese Tatsache beurteilt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

142. Abgeordneter **Dr. Unland** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung den Plan einer Textilhilfe zugunsten der ärmeren Entwicklungsländer, wie er in der Fachzeitschrift Textil-Wirtschaft Nr. 40 vom 6. Oktober 1977 veröffentlicht wurde, aufgreifen, und wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

143. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, durch die das Projekt Selebi Pikwe abgewickelt wird, nur die baulich-technischen Aspekte, nicht aber die Verwendung der Bauten, die auf Grund der deutschen Zusage errichtet wurden, geprüft hat bzw. kontrolliert, und mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die Verwendung dieser Bauten geprüft?

144. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Wie hat die Bundesregierung die Verwendung dieser Bauten geprüft, und wann und durch wen wurde die Prüfung vorgenommen?

145. Abgeordneter **Todenhöfer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bauten, die auf Grund einer finanziellen Zusage der Bundesregierung im Lager Selebi Pikwe errichtet wurden, als Gefängnis benutzt werden sollen, wenn Selebi Pikwe als Durchgangslager ausgedient hat?

146. Abgeordneter **Todenhöfer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls der Auffassung, daß die Endverwendung des Lagers als Gefängnis ein entwicklungspolitisch förderungswürdiges Projekt darstellt, und kann sie garantieren, daß angesichts der politisch instabilen Lage im südlichen Afrika diese Gefängnisbauten nicht eines Tages – wie auch schon jetzt – zu politischen Zwecken mißbraucht werden können?

147. Abgeordnete **Frau Fischer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung 0,5 Millionen DM für das Lager Selebi Pikwe bereitgestellt hat, obwohl durch einen Bericht der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit klargestellt wurde, daß sie ihren ursprünglichen Plan, Flüchtlingsfürsorge im Sinne von Ausbildung und Beschäftigung in diesem Lager zu betreiben, nicht aufrechterhalten konnte, weil das Lager nur eine kurzfristige Sammel- und Durchgangsstation war?

148. Abgeordnete **Frau Fischer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Frau Bundesminister Schlei noch in einer Presseerklärung vom 8. Mai 1977 versichert hat, daß es das Ziel der vorgesehenen Maßnahme der Bundesregierung sei, jungen Menschen im Lager Selebi Pikwe Zukunftschancen zu eröffnen und so der Tatsache entgegenzuwirken, daß Jugendliche in Flüchtlingslagern ein „Rekrutierungsfeld für radikale Gruppen" abgeben, obwohl zu diesem Zeitpunkt

nach einem Bericht der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit eindeutig feststand, daß dieses Vorhaben nicht realisierbar war, weil die Flüchtlinge schon nach kurzem Lageraufenthalt nach Sambia weitergeflogen werden?

149. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß „Flüchtlinge" aus dem Lager Selebi Pikwe nach einem nur kurzen Zwischenaufenthalt auf Kosten der „Befreiungsbewegung" von Nkomo zu Guerillalagern der Patriotischen Front in Sambia geflogen werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

150. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß sie in zahlreichen öffentlichen Erklärungen fortwährend den Eindruck zu erwecken versucht hat, daß über die Mittelvergabe für das Lager Selebi Pikwe noch nicht endgültig entschieden sei, obwohl sich aus einem Bericht der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit eindeutig ergibt, daß nur auf Grund von Zusagen der Bundesregierung bereits Vorauszahlungen von dem UN-Flüchtlingskommissar in Botsuana geleistet wurden und mit der Errichtung der Bauten begonnen worden war, und wenn ja, weshalb hat die Bundesregierung sich so verhalten?

151. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch die Entwicklungshilfe an die sogenannten Länder der Dritten Welt aus den Industrieländern ist, und wenn ja, welche Erkenntnisse liegen vor?

152. Abgeordnete **Frau Simonis** ((CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch die Rüstungsexporte aus den Industrieländern an die sogenannten Länder der Dritten Welt sind, und wenn ja, wie lauten diese Erkenntnisse?

Bonn, den 14. Oktober 1977

